Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 16.—22. Dez. 0,65 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 290. Mittwoch, 19. Dezember 1923. 30. Jahrgang.

Die grundsätzliche Rede des Gen. Dr. Leber.

Riesenversammlung im Gewerkschaftshaus.

Schon um 7 Uhr war der große Saal des Gewerkschaftshauses dicht besetzt. Deshalb mußte auch die Tribüne geöffnet werden; dann noch drängten sich die Ankommenden an der Saaltür.

Fahnen flatterten im Saal. Hoch über der Eingangstür der schwarz-rot-goldene Wimpel der „Vereinigung Republik". In der Mitte des Saales das rote Banner des Sozialismus und der Freiheit. Und gegenüber die Fahne der deutschen Republik.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung — Reichstagskandidatur — referierte der Gen. Weiß. (Er soll aus Wien stammen.) Er trug den grundsätzlichen Standpunkt des Parteivorstandes und den einstimmigen Beschluß der Funktionärversammlung vor. (Welchen Erfolg die irrsinnige, auf Zuträgerei aufgebaute Berichterstattung des „General-Anzeigers hat, das beweist das Hamburger Fremdenblatt. Es schreibt, zu der Reichstagskandidatur seien nicht einmal die Funktionäre befragt worden.)

Keinerlei persönliche Gründe seien für die Partei und die Funktionäre maßgebend gewesen. Und wenn ein gewisses Waschweib ihm die Absicht unterschiebe, Staatsrat werden zu wollen, so sei das ein ausgemachter Blödsinn. Höchstens die eine Absicht habe Redner, Direktor der Heilanstalt Strecknitz zu werden, um für eine angemessene und liebevolle Behandlung dieses Waschweibes Sorge tragen zu können. Sachliche Gründe allein seien für seine Haltung maßgebend gewesen. Schon vor zwei Jahren — bevor der Gen. Leber in Lübeck eine Rolle gespielt habe — habe er seinen Standpunkt gegenüber allen Parteiinstanzen vertreten. Und er habe überall Zustimmung gefunden! Von einer Uebergehung des Gen. Stelling könne keine Rede sein. Der Gen. Stelling müsse, wenn er kandidieren wolle, Spitzenkandidat für Mecklenburg sein. Oder er müsse auf die Reichsliste. Sei der Genosse Stelling anderer Meinung, so könne er sie hier äußern. Denn der Beschluß der Funktionäre sei dem Genossen Stelling selbstverständlich mitgeteilt worden, mit der Aufforderung, sich eventuell dazu zu äußern. Der Genosse Stelling sei gekommen. Und er werde seinen Standpunkt der Versammlung mitteilen. Die Versammlung habe dann ganz objektiv und leidenschaftslos die Frage zu prüfen. Um zu entscheiden, ob der Gen. Stelling oder der Gen. Leber Kandidat für Lübeck sein soll.

Für die Auffassung des Parteivorstandes sprachen die Genossen Daniels, Haut, Schwager. Dagegen — wiederholt — der Gen. Stelling und die Genossen Friedrich und Körner.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: **Abgegebene Stimmen: 1442. Davon entfielen auf den Gen. Leber 1234, auf den Gen. Stelling 191. Ungültig waren 17.**

Als weiterer Kandidat wurde beinahe einstimmig der Gen. Dreger gewählt.

*

Hierauf erhielt zum zweiten Punkt der Tages-Ordnung: Volksentscheid, das Wort der

Genosse Leber:

Erinnert Euch der großen Volksversammlung in diesem Saale vor der Bürgerschaftswahl. Fast genau zwei Jahre sind seitdem über unsere Stadt hinweggegangen. Und Ihr habt heute das Recht, auch zu fragen, was ist von den damaligen Versprechungen gehalten worden?

Damals habe ich an dieser Stelle

die grundsätzlichen Richtlinien

bekanntgegeben, die das Programm sozialdemokratischer Bürgerschaftsarbeit bildeten:

Demokratisierung der Verwaltung.
Republikanisierung der Schulen.
Ordnung des Finanzwesens.
Förderung des Wohnungsbaus.

Heute käme als weitere wichtige Forderung die Erwerbslosenfürsorge dazu.

Ein erschütterndes Geständnis muß ich Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen machen. Wir konnten von unseren Versprechungen nur sehr wenig halten; oder besser: beinahe nichts.

Zum Verständnis dieser Feststellung wird es gut sein, einen kurzen Ueberblick über die Kämpfe in der Bürgerschaft zu geben, und ein Bild über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Senat.

Mit einer kleinen und einfachen Aeußerlichkeit fingen wir an. Mit dem Antrag, Kaiserbilder und andere monarchistische Verherrlichungszeichen aus der Schule und den Amtsstuben der Republik zu entfernen. Sofort setzte ein erregter Widerstand der gesamten bürgerlichen Parteien ein und der „passive Widerstand" des Senates. Das liebliche Gerede von der „Arbeitsgemeinschaft" verstummte und das Gebrüll von der sozialdemokratischen Diktatur erfüllte unsere alten Mauern.

Das Motto der bürgerlichen Politik flammte auf:

Ihr Sozialdemokraten seid lieb und gut
Wenn Ihr uns den Willen tut.

Dieses Motto ist bis heute das Leitmotiv der bürgerlichen Politik, aber auch der Politik des Senates geblieben.

Im Laufe des ersten Jahres dieser Bürgerschaft wurde dann Rathenau ermordet. Die Mordhetze gegen die Republik in den Rechtsparteien war unerträglich geworden. Das nahm die Sozialdemokratie zum Anlaß, eine Reihe scharfer Forderungen aufzustellen: Aenderung der Amtsblattregelung! Republikanisierung der Schulen und der Verwaltung!

Sofort begann der Abwehrkampf des Senates und des Bürgertums aufs neue. Zwei Jahre hatte der Senat die Amtsblattfrage von allen Seiten durchleuchtet. Ohne zu einem Entschluß zu kommen. Jetzt kam ihm die Bürgerschaft mit ihrem Beschluß zuvor. Und siehe da! In zwei Wochen brachte er jetzt fertig, wozu früher zwei Jahre nicht gereicht hatten. Er brachte einen eigenen Antrag und kümmerte sich um den Antrag der Bürgerschaft überhaupt nicht. Lübecki-scher Parlamentarismus! Natürlich entstanden wieder schwere Kämpfe. — Sie erinnern sich ja noch der bürgerlichen Hetze, die auch hauptsächlich auf meine Person niederprasselte.

Die andere Forderung: Republikanisierung der Schule. Was ist dabei erreicht worden? Nichts! Nach wie vor sind die Schulen fast ausnahmslos Erziehungsstätten der Herrenbübchen; mit Arbeitergroschen erhält der Staat unter ungeheuren Opfern die Schulen aufrecht. In der das junge Deutschland nur zwei Sachen gut lernt: das Zeichnen von Hakenkreuzen und das Anspucken der Republik.

Und die Demokratisierung der Verwaltung? Auf diesem Gebiet ist weniger als nichts geschehen. Selbst wenn der Senat einmal die löbliche Absicht hatte, auf dem Wege des Fortschritts einen Millimeter vorzurücken, so scheitert alles an dem Widerstand einer reaktionären Kaste von Oberbeamten.

Und wir haben nicht zu wenig von dieser Sorte. In jeder Behörde ist an solch „Schwerarbeitern" ein absoluter Ueberfluß. Einer stolpert über den andern; und ihre einzige Beschäftigung besteht zurzeit darin, zu behaupten, daß **Mittel- und Unterbeamte länger als acht Stunden arbeiten müssen.** In der Baubehörde z. B. sitzen 7 Oberbeamte; einer von ihnen hat Beschäftigung. Er singt Wiegenlieder, damit die anderen schlafen können.

Ein Wort noch über den Wohnungsbau. Vor zwei Jahren legten wir der Baubehörde einen Antrag vor, etwa 6—700 Wohnungen zu bauen. Wir arbeiteten gleichzeitig den Plan aus für die Finanzierung dieser großen Bauten. Er hätte etwa 150 Millionen gekostet. Unser Projekt scheiterte an dem Widerspruch eines Beamten, dessen Geist mit den neuen Wirtschaftsverhältnissen sich nicht im geringsten abfinden konnte. Man überlege, welchen Schaden der Allgemeinheit dadurch erwachsen ist? Was wären heute 150 Millionen? Und wie könnten wir diese Wohnungen gebrauchen! Auch als Grundlage für weitere Geldbeschaffung zu neuen Wohnungsbauten. Statt dessen liegen tausende von Bauarbeitern auf der Straße. Und tausende von Wohnungssuchenden haben kein Unterkommen. Es ist herrlich geradezu!

Der Senat weiß sehr wohl, daß er ungeheure Schuld an der Notlage mitträgt. Er weiß sehr wohl, daß er der schwierigen Aufgabe in keiner Weise gewachsen war. Und er versucht jetzt sich reinzuwaschen. Es gelingt ihm nicht! Er klagt sich nur noch mehr an! Mehr noch, er macht sich lächerlich. Ich habe im Volksboten schon das nötige Material zusammengetragen. Nur kurz will ich es deswegen heute streifen.

In einer Vertrauensmännerversammlung aller bürgerlichen Parteien wurde ein streng geheimes und vertrauliches Zirkular verteilt, in dem der Bürgermeister sich und den Senat rechtfertigen will. Wir wollen nur die Finanzfrage herausgreifen. Die Vorwürfe des Dr. Leber, so meint der Bürgermeister, daß wir nicht für eine gerechte Gewerbesteuer für das Jahr 1922 gesorgt hätten, seien unberechtigt, wie die Haltung des Senates im Jahre 1923 beweise. Denn da habe der Senat die Steuer entsprechend erhöht. Allerdings habe man auf Wunsch der Handelskammer den Ausgleich der Geldentwertung wieder fallen lassen.

Also: Auf Wunsch der Kapitalisten hat der Senat den Kapitalisten die Steuer geschenkt. Weshalb schenkt er uns nicht die Steuern? Aber das Wesentlichste: Im Jahre 1922 brachte die Hauptsteuer des Staates, die Gewerbesteuer, soviel, daß gerade der halbe Senat davon bezahlt werden konnte. Diesem Skandal machte der Senat ein Ende und erhöhte im Jahre 1923 die Steuer so sehr, daß er mit ihrem Ertrage

gerade noch den Bürgermeister besolden konnte.

Und das nennt man heute für das Wohl der Vaterstadt arbeiten.

Es ist ein Skandal ohnegleichen.

Der Senat hilft dem Kapital beim Steuerbetrug. Und hat dabei nicht einmal das Geld zu den nötigsten Ausgaben; **nicht einmal seine Beamten kann er heute vor dem Hunger schützen.**

Das Wohl der Vaterstadt über alles!

Ein Drittel unserer Klassengenossen ist heute erwerbslos. Vier Mark wöchentlich ist ihre Unterstützung. Wie sollen sie davon leben?

Und seht Euch doch die Zustände bei der Auszahlung der paar Hungerpfennige an. **Stunde um Stunde müssen die elenden Opfer einer gewissenlosen Wirtschaft und eines verantwortungslosen Regierungsschlendrians in Wind und Wetter stehen und warten. Sie haben nichts im Leibe und sie haben nichts auf dem Leibe.** Zu Hause aber warten Frau und Kinder auf Brot — Brot — Brot.

Alle unsere Versuche, den Senat wenigstens zu bewegen, menschenwürdigere Zustände bei den Stempelstellen und bei der Kasse zu schaffen, waren vergeblich. Das Arbeitsamt erklärt einfach, es könne keine weiteren Zahlstellen einrichten, da es sonst neue Listen anfertigen müsse.

Und der Senat? Ist damit zufrieden! Stunde um Stunde stehen die verhungerten Massen am Kolosseum und in der Braunstraße.

Wären es Tiere, so schritte der Tierschutzverein ein. Da es aber nur Menschen sind, Menschen zweiter Klasse, Proletarier, so rührt man keinen Finger für sie.

Als ich mir erlaubte, im Volksboten den Herren vom Senat den Rat zu geben, es selbst einmal mit dem Stempeln zu versuchen, sich selbst einmal aufzustellen, um auf die richtigen Gedanken zu kommen, da entging ich nur mit knapper Not der Beleidigungsklage.

Sollen wir auch für diese Handlungsweise des Senats die Verantwortung übernehmen? Sollen wir mit dieser Behandlung der Erwerbslosen, die eines Tieres unwürdig ist, mit unsern ehrlichen sozialdemokratischen Namen decken? Niemals!

Die erwerbslosen Proletarier sind unsere Klassengenossen, unsere nächsten Brüder. Und sie stehen uns unendlich viel näher als die gesamten bürgerlichen Herren im Senat zusammen.

Nehmt alles zusammen! Und überlegt! Konnten wir zu einem Senat, der in jeder Beziehung versagt, der für das arbeitende Volk nichts tut, der den Kapitalisten die Steuern schenkt, der für die Republik keinen Finger gerührt hat, noch das nötige Vertrauen haben? (Zurufe: Nein! Nein!) Konnten wir als ehrliche Sozialdemokraten und Republikaner für die Regierungshandlungen der bürgerlichen Senatsmehrheit noch die Verantwortung tragen? (Allseitige stürmische Unterbrechung: Nein! Nein!)

Mehr und mehr wurde so unser Vertrauen zum Senat ausgehöhlt. Dazu kommt noch ein anderes. Drei oder vier bürgerliche Mitglieder des Senats sind für die heutigen wirtschaftlichen Zustände absolut unbrauchbar. In vollster Unfähigkeit stehen sie der heutigen Zeit gegenüber. Ihr hohes Alter gestattet Ihnen eine Umstellung auf die neue Zeit nicht mehr. Sie sind nur noch Hemmschuhe; Klötze auf dem Rad der Verwaltung und der Regierung.

Aber sie werden gehalten. Deswegen gehalten, damit die bürgerliche Senatsmehrheit dem Bürgertum erhalten bleibt. Einer der hohen Herren macht seit einem Jahr seinen Dienst nicht mehr, aber er wird trotzdem gehalten, damit ja kein Sozialdemokrat an seine Stelle kam. Sollten wir vielleicht auch dieser verantwortungslosen Politik des Bürgermeisters unsere Zustimmung geben? Dazu sind wir nicht dumm genug! Sie werden mir deswegen zustimmen, daß wir nur noch eine ehrliche Politik treiben konnten:

Der Senat muß umgebildet und muß verjüngt werden! (Neuer Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit war unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß **die Sozialdemokratie auch im Senat die Mehrheit bekam.**

Damit sie auf die Beschlüsse, die sie nach außen, vor der Arbeiterschaft, vor der ganzen Bevölkerung vertreten mußte, auch den nötigen Einfluß bekam.

Das war die allgemeine Forderung der Sozialdemokratie. Dem Senat bekannt und auch den bürgerlichen Parteien bekannt.

Und wir hatten unsere Auffassung mehr als einmal kundgegeben, daß wir diesen Senat nur noch widerwillig duldeten. Und daß es über kurz oder lang zum Bruche kommen müsse, wenn nicht der Senat umgebildet würde, oder eine grundsätzliche Aenderung seiner Politik in unserem Sinne herbeiführen würde.

Mehr und mehr wurde unser Verhältnis zum Senat gespannt. Verschiedentlich drohte der Bruch.

Da kamen die Vorfälle im August und brachten den Stein ins Rollen. Die Entwicklung ging den Gang, der uns heute den Volksentscheid gebracht hat, und der Euch heute auch hierhergeführt hat.

(Der zweite Teil der Rede des Gen. Leber wird an dieser Stelle morgen abgedruckt)

Dollar 4,2 Billionen.

1 Goldmk. 1 Billion. 1 Goldpfg. 10 Milliarden.

Macht Vorschläge!

SPD. Die von der Reichsregierung eingeleitete außenpolitische Aktion war nicht nur ein Akt der Notwehr, sondern auch ein Akt außenpolitischer Notwendigkeit. Ein Akt der Notwehr insofern, als die besetzten Gebiete einen derartigen Schritt verlangten und die Vertreter des Rheinlandes und Ruhrgebietes im Verneinungsfalle das Recht zum selbständigen Verhandeln forderten, weil sie glaubten, nur so den separatistischen Bestrebungen entgegenwirken zu können, und ein Akt außenpolitischer Notwendigkeit, weil Deutschland in diesem Augenblicke gar nichts anderes übrig blieb, als erneut den Versuch zu direkten Verhandlungen zu machen. Poincaré hätte von sich aus die Hand zu Verhandlungen mit Deutschland nie geboten und auch das ihm untertänige Belgien wäre trotz seiner schlechten wirtschaftlichen Lage aus Prestigegründen niemals an die Reichsregierung zum Zwecke eines Gedankenaustausches herangetreten. Praktisch hätte dieser Zustand auf die Dauer zu einer vollkommenen Preisgabe des Ruhrgebietes führen müssen, wenn die Reichsregierung die Frage des Preises in den Vordergrund gestellt und der Taktik unserer sogenannten „nationalen Kreisen" gefolgt wäre. Diese Kreise, die in der Deutschnationalen Partei ihre Vertretung finden, reden zwar fortgesetzt von der „Rettung des Ruhrgebietes", aber ihre Taktik läuft auf nichts anderes als auf die Verjockung der besetzten Gebiete hinaus. Sie wollen keine Verhandlungen mit Frankreich, die durch die Initiative Deutschlands herbeigeführt werden, aber bisher haben sie auch noch keinen Weg gezeigt, auf welche Art und Weise dann die von ihnen aufgestellte Forderung nach „Rettung des Ruhrgebietes" durchgeführt werden soll. Schon daraus ergibt sich, daß dieses Verlangen überhaupt von keiner ehrlichen Absicht getragen, sondern genau so undeutsch und unnational ist, wie die ganze deutschnationale Partei. Ihr Verhalten war antinational während des Krieges, als sie unter der Firma der Konservativen Partei auf den Verständigungsfrieden verzichteten und ihre Haltung ist heute ebenso undeutsch, weil sie jede Möglichkeit der Verständigung verneinen und dadurch Deutschland in immer größere Bedrängnis bringen. Wir sind mit Rücksicht auf unsere katastrophale wirtschaftliche Lage, die nichts anderes ist, als eine Folgewirkung des von den früheren Konservativen und heutigen Deutschnationalen verlorenen Krieges, darauf angewiesen, jede Verständigungsmöglichkeit auszunutzen und zu fördern, um so durch gegenseitige Verträge unser Existenzrecht zu sichern. Das wollen die Deutschnationalen nicht, ihre Sehnsucht ist, der darbenden Bevölkerung die Lebensmöglichkeiten durch die Verneinung jeder Verständigung weiter zu erschweren, die Katastrophe zu steigern, weil sie in der Einbildung leben, dadurch sich als Partei bei den kommenden Wahlen zu dienen. Sie reden von der Nation — aber sie meinen ihre Parteipolitik.

Die Reichsregierung hat inzwischen erklären lassen, daß sie den einmal beschrittenen Weg trotz der Deutschnationalen weitergehen wird. Wir möchten wünschen, daß diese Worte vor der Zukunft bestehen können und müssen deshalb erwarten, daß jetzt bald die notwendigen positiven Vorschläge über das Reparationsproblem und die Wiederherstellung geordneter produktiver Verhältnisse im Ruhrgebiet an die alliierten Mächte abgesandt werden. Mit gutem Recht hat die Reichsregierung auch in ihren letzten Noten betont, daß bei den jetzigen Zuständen im besetzten Gebiet jede geordnete Wirtschaftsführung des Reiches und der Staaten nahezu unmöglich ist und irgendwelche organisierten Reparationsleistungen angesichts dieser Verhältnisse nicht möglich sind. Diese berechtigte Behauptung bedarf jetzt der notwendigen Begründung. Sie ist zu ergänzen durch Vorschläge, die auf eine Abänderung des gesamten Belastungsverhältnisses abzielen, ohne daß dadurch das französische Verlangen nach produktiven Pfändern ausgeschlossen und die Bestrebungen der Reichsregierung, eine höhere Wirtschaftlichkeit in den besetzten Gebieten zu erzielen, eine Beeinträchtigung erfahren. Bei gutem Willen auf beiden Seiten ist ein Modus zu finden, der die Interessen der Entente berücksichtigt und Deutschlands Recht zum Leben anerkennt.

Für Deutschland ist die Lage jetzt dadurch etwas erleichtert, daß in dem Micumvertrage dieselbe Schwerindustrie, die früher wegen der Kohlenlieferungen, obwohl diese ihr in vollem Werte bezahlt wurden, die schärfste Opposition machten, nunmehr selbst genau den gleichen Betrag als Lieferungssoll unterschreiben und auch noch die Kosten auf den eigenen Rücken übernehmen mußte. Wir sind der Meinung, daß dieser Rücken eine gewisse Zeit lang die erträgliche Last vielleicht wird tragen können, fürchten aber, daß sie auch während dieser Zeit stark auf Kosten des deutschen Reiches gehen wird, weil natürlich die belasteten Unternehmungen in ihren Steuererklärungen zurückgehen und einen sehr beträchtlichen Teil der durch den Micumvertrag übernommenen Lasten ohnehin auf das Reich fällt. Diese Gesichtspunkte wird man bei der Diskussion über dasjenige, was zu leisten ist — und eine theoretische Prüfung der Leistungsfähigkeit ist sicherlich nicht das Hauptziel der Praktiker, die mit dieser Frage befaßt werden — vor allen Dingen zugrundelegen müssen. Zwei allgemeine Gedankenlinien scheinen sich als solche Erörterungsgrundlage herauszustellen: die eine, daß dasjenige, was durch den Micumvertrag von der Industrie bereits übernommen ist, als diejenige Leistung zugrunde zu legen sein wird, welche die deutsche Volkswirtschaft aller Voraussicht nach in nächster Zeit wird tragen müssen. Zu dieser Leistung, die wir bereits früher auf einen Goldwert von 650 Millionen Goldmark berechnet haben, wird, wenn eine vernünftige Verständigung über das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiete und über die vollkommen wirtschaftswidrige Zollgrenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiete erfolgt ist, der Gegenwert für diese besondere Belastung treten. Versucht man, diese Summe in Goldwert umzurechnen, so wird man vielleicht zu solchen Summen kommen, die als ein vorläufiger für beide Teile einigermaßen erträglicher Anfang einer finanziellen Verständigung unter besonderer Heranziehung von Sachleistungen zu betrachten sind.

Der andere Ausgangspunkt der Diskussion ist durch die belgischen Handelsmonopolpläne gegeben. Sie berechnen einen sehr hohen Goldmarkbetrag, den man aus Handelsmonopolen in Deutschland erzielen kann, einen Betrag, der aufs Jahr berechnet zwei Milliarden Goldmark wesentlich übersteigt. Wir haben früher bereits der Meinung Ausdruck gegeben, daß Deutschland sich der Prüfung des Gedankens der Handelsmonopole nicht entziehen darf und bei richtiger Ausgestaltung solche Monopole beträchtlich erhöhte Einnahmen ergeben werden. Andererseits dürfen die Ententemächte aber nicht verkennen, daß Einnahmen in Papiermark oder in Rentenmark in Deutschland noch lange keine Goldmark sind, die für Reparationen nach draußen gezahlt werden. Würde man also derartig hohe Beträge, wie sie die belgischen Monopolpläne errechnen, auch nur teilweise zum Devisenkauf etwa verwenden wollen, so wäre ein neues Sinken der Währung und damit eine neue Katastrophe unvermeidlich. Wir sind deshalb der Meinung, daß gerade in diesem Punkt nicht nur mit Ernst eingesetzt werden soll, sondern für die innere Finanzierung der Reparationsleistungen, die überdies wahrscheinlich auf die Dauer doch nicht ohne mittelbare oder unmittelbare Reichsbeteiligung von den Industrien getragen werden können, die belgischen Vorschläge einer wesentlich mehr positiven Durcharbeitung bedürfen, als sie von den beteiligten Ämtern bis jetzt der Oeffentlichkeit bekanntgegeben worden ist.

Diese allgemeinen Richtlinien scheinen einer beschleunigten Durcharbeitung und einer Diskussion durchaus wert zu sein. Unter keinen Umständen darf der jetzt eingeleiteten Aktivität wieder eine Zeit der Passivität folgen. Die Regentschaft des Herrn Cuno sollte uns auch jetzt als dringende Warnung dienen. Die Aktivität in der Reparationsfrage ist der Schlüssel zu einer besseren Gestaltung der Außenpolitik und damit zur Wiedergesundung Deutschlands. Das sollte der Regierung besonders als Leitstern bei allen Handlungen dienen, die jetzt notwendig werden.

Dr. Schacht Reichsbankpräsident.

Berlin, 18. Dezember.

Die Reichsratssitzung verzögerte sich um mehrere Stunden, da die Ausschußsitzung noch andauerte. Um 7 Uhr trat der Reichsrat dann zusammen und beschloß ohne Aussprache, den Antrag Preußens anzunehmen, wonach der Reichsrat dem Reichspräsidenten den Währungskommissar Dr. Schacht als Reichsbankpräsidenten vorschlägt. Nur Württemberg behielt sich seine Stellungnahme für das Protokoll vor. Die Reichsregierung hatte bereits vorher erklärt, daß ihr der Vorschlag Schacht genehm sei.

Reichsbankdirektorium und Zentralausschuß der Reichsbank hatten beide einstimmig an der Präsentation von Dr. Helfferich festgehalten.

70 Pfennig Tagesunterstützung für einen Erwerbslosen.

SPD. Vom 10. Dezember ab werden die Höchstsätze für die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr einheitlich für das ganze Reich, sondern nach drei Wirtschaftsgebieten: 1. Osten, 2. Mitte, 3. Westen festgesetzt. Die Grenzen dieser Wirtschaftsgebiete fallen mit den Lohngebieten der Reichsarbeiter zusammen. Zu dem östlichen Gebiet gehören die preußischen Provinzen Ostpreußen, Posen-Westpreußen, Schlesien, Pommern und Teile von Brandenburg, sowie die beiden Freistaaten Mecklenburg. Der Westen umfaßt im wesentlichen das besetzte Gebiet und einige Randgebiete. Alle übrigen Gebietsteile fallen in die mittlere Zone (darunter auch Berlin und Hamburg), mit Ausnahme einiger süddeutscher Gebiete, die noch dem Wirtschaftsgebiet 1 zugeteilt sind.

Die wöchentlichen Unterstützungssätze betragen vom 10. Dezember ab bis auf weiteres in der obersten Ortsklasse im Wirtschaftsgebiet 3 wie bisher für Männer über 21 Jahre 780 Milliarden (78 Pfg.), unter 21 Jahre 470, für Frauen über 21 Jahre 620, unter 21 Jahre 360 Milliarden; die Familienzuschläge für den Ehegatten 200, für jedes Kind und jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen 150 Milliarden Mark. Im Wirtschaftsgebiet 2 sind für die gleichen Gruppen zu zahlen: 700, 420, 560, 330, 190, 140 Milliarden, im Wirtschaftsgebiet 1: 610, 360, 430, 280, 160 und 120 Milliarden. Die Ortsklassenspannung beträgt im Westen je 50, 20, 40, 20, 10, 10 Milliarden; in der Mitte 50, 30, 40, 20, 10, 10 Milliarden; im Osten 40, 20, 30, 20, 10, 10 Milliarden Mark. Die Familienzuschläge dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz, die Summe der in eine Familiengemeinschaft fließende Unterstützungen das Doppelte der Unterstützungssätze des höchstunterstützten Familienmitgliedes nicht übersteigen. — Und für diese Hungerpfennige sollen die Erwerbslosen stundenlang in Regen und Wetter anstehen? Es ist ein Skandal ohnegleichen. Den profitgefüllten Kapitalisten hilft man bei einer großzügigen Steuerhinterziehung; und die Erwerbslosen läßt man verhungern. Weil kein Geld da ist. Wir haben es herrlich weit gebracht in der deutschen Republik!

Für Aufhebung des Belagerungszustandes!

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wandte sich am Dienstag erneut an die Reichsregierung wegen Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Der Fraktionsvorstand bezog sich bei diesem Schritt auf einen Beschluß des zuständigen Reichsratausschusses, der mit 16 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung einen Antrag angenommen hat, den Reichspräsidenten um die Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in ein ziviles Ausnahmerecht zu ersuchen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ging über diesen Antrag hinaus und begründete sein Verlangen auf beschleunigte Aufhebung des Ausnahmezustandes überhaupt damit, daß die augenblicklichen Verhältnisse eine Grundlage zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht bieten und die Eingriffe der Militärbefehls aber in Dresden und Weimar in die Hoheit der betreffenden Landesregierungen nicht mehr erträglich seien, weil sie mit den Verhältnissen eines geordneten Rechtsstaates nicht in Einklang zu bringen sind. Bei dieser Gelegenheit legte der Fraktionsvorstand der Reichsregierung nahe, dem Reichstag bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Ausführung des § 48 der Reichsverfassung in den Grenzen garantieren sollte, die den Vätern der Weimarer Verfassung damals vorgeschwebt haben.

Zu der polnischen Kabinettskrise.

SPD. Aus Warschau wird uns geschrieben:

Der lang erwartete Rücktritt des polnischen Kabinetts ist erfolgt. Die Aufnahme der „großen Kanonen" Dmowski und Korfanty hat nicht ändern können, daß der unnatürliche Regierungsblock schließlich zerfiel, und zwar gerade über der Frage, aus der der Pakt über die Bildung dieser Regierung hervorgegangen war, nämlich der Frage der Agrarreform. Die Bauernpartei Witos hatte sich ihr Zusammengehen mit dem Rechtsblock im Frühjahr durch die bindende Versicherung der Vorlage eines Parzellierungsgesetzes abkaufen lassen. Für den Rechtsblock, der auch die Großagrarier in seinen Reihen zählt, war es recht schwer, eine Agrarreform zu entwerfen, die auch nur den Ansprüchen der Witosleute, d. h. mittleren und großen Bauern, entsprechen konnte. Endlich kam im Sommer das Monstrum des „Gesetzes über Ansiedlung und Parzellierung" heraus. Man hatte zwar mit Geschick versucht, die ganze Last des Gesetzes, unter der in Polen üblichen großzügigen Außerachtlassung des Versailler Vertrages und des Minderheitenschutzvertrages, auf die nationalen Minderheiten, in erster Linie auf die deutschen Grundbesitzer, — die kleinsten Ansiedler eingeschlossen — abzuwälzen, aber trotzdem waren für den wirklichen „nationalen" Großgrundbesitz so viel Hintertüren geschaffen, daß die Bauern dieses Gesetz nicht ablehnen konnten. Die linksstehende Bauernpartei Thugutts trat sofort in schärfste Opposition zu diesem Gesetz. In der Witospartei gärte es. Schon vor Wochen kam es zur Abspaltung einer Gruppe unter Dombski und die Sezession einer weiteren Gruppe unter Bryl hat der Regierungsmehrheit, dem Agrargesetz, dem Kabinett und wohl auch der Witospartei den Rest gegeben.

Die natürliche Folge des Kabinettssturzes muß der Versuch sein, ein Kabinett der Linken zu bilden. Ob das gelingt, ist fraglich, da es auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen wäre, die jedem Polen, auch den linken Parteien, wenig sympathisch ist. Gelingt sie nicht, so kommt ein außerparlamentarisches Kabinett in Frage.

Für die innerpolitischen Verhältnisse in Polen ist der Kabinettswechsel von großer Bedeutung, denn er macht einem wirklich rücksichtslosen Willkürregiment der Reaktion zunächst ein Ende. Für Deutschland und das Deutschtum in Polen ist dieser Wechsel viel weniger bedeutsam. Es hat Linkskabinette in Polen gegeben, die die Deutschenverfolgung als Programm betrieben, um der Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen und in den außerpolitischen deutsch-polnischen Beziehungen Konzessionen zu machen, ist gegenüber der geschickten Agitation der Rechten einem linksstehenden Kabinett in Polen vielleicht noch schwerer als einem rechtsstehenden. Nur Rußland gegenüber ist die außenpolitische Bedeutung eines solchen Wechsels bedeutend; ein nationaldemokratisches polnisches Kabinett bedeutet Annäherungsbestrebungen an Rußland, ein Linkskabinett: Mißtrauen, wenn nicht Feindschaft. Im übrigen werden, so wie die Dinge jetzt liegen, die Unterschiede zwischen rechts und links in der polnischen Außenpolitik ausgedrückt. Gerade der linke Flügel des polnischen Parlaments entbehrt noch sehr der politischen Reife und Zielstetigkeit, und darum auch eines klaren außenpolitischen Programms. Denn das außenpolitische Programm, das man als Belvedereprogramm zu bezeichnen pflegt, das auf der Idee einer Föderation der russischen Randstaaten unter polnischer Führung beruhte, ist durch das Ausfallen der Ukraine und die polnisch-litauische Feindschaft mindestens zurzeit nicht aktuell.

Eugen Debs wird frei.

Washington, 18. Dezember.

Präsident Coolidge hat durch einen Erlaß sämtliche noch in Haft befindlichen Kriegsgegner begnadigt. Nun wird auch Eugen Debs, der mehrmalige sozialistische Präsidentschaftskandidat, das Gefängnis verlassen. Debs hat die Begnadigung im Jahre 1921 abgelehnt, weil seiner Forderung, gleichzeitig alle Mitverurteilten freizulassen, vom Präsidenten Harding nicht erfüllt wurde.

Feststellungen!

Dr. L. **Lübeck, 19. Dezember.**

Der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien nimmt groteske Formen an. Einige Feststellungen sollen dies beweisen.

Die Frauen der Hansameierei richten an uns folgendes Schreiben:

„Im Namen der sämtlichen Frauen der Hansameierei wollen wir Ihnen eine kleine Mitteilung machen. Herr B. aus dem Butterkeller hat am 15. d. M. in der Hansameierei für die Deutschnationale Partei gesammelt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen hatten für diese schöne Partei natürlich nichts übrig. Daraufhin hat Herr B. aus dem Butterkeller uns damit gedroht, daß Dr. Leber dann dafür sorgen wird, daß der Kondens eingestellt würde und sämtliche Frauen entlassen würden."

Butterkeller, Kondens und Volksentscheid. Jetzt hängt man dem armen Dr. Leber noch Butterkeller und Kondens an! Leider ohne Inhalt.

*

Die Senatskanzlei soll an die Eltern auswärts Studierender ein Schreiben gerichtet haben, aus dem folgendes mitgeteilt wird:

Da Ihr Sohn auswärts studiert und jedenfalls zu den Weihnachtsferien nach hier kommt, ersuchen wir Sie, ihn, wenn irgend möglich, bis zum 6. Januar zurückzuhalten, damit er an der Abstimmung zum Volksentscheid teilnehmen kann. Die Wählerlisten liegen bis zum 13. Dezember aus. Wir ersuchen Sie, dieselben einzusehen.

Die Senatskanzlei.
gez. Lange.

Wir können nicht glauben, daß dieses Schreiben echt ist. Wir bitten deshalb um eine Rückäußerung des Senats. Sollten solche Schreiben wirklich verschickt worden sein, so wäre das ein geradezu ungeheuerlicher Skandal. Und es würde für die Verantwortlichen nicht ohne Folgen für ihre Dienststellung bleiben.

*

Der General-Anzeiger führte gestern große Klage darüber, daß der Gen. Stelling früher im Gefängnis gesessen habe. Wir glauben, er hat sich die Sache doch nicht richtig überlegt. Sonst würde er sich die Frage vorgelegt haben: Wer hat denn den Genossen Stelling eingesperrt? Und er käme auf die Antwort: Die Freunde des Bürgermeisters Neumann! Und die zweite Frage: Was sagte damals der General-Anzeiger zu der unerhörten Bestrafung? Antwort: Nichts!

Mehr braucht über die scheinheilige Heuchelei in der Königstraße wohl nicht gesagt zu werden.

*

Was wir vorausgesehen haben, ist eingetreten. Herr Knie vom General-Anzeiger wurde seinen Bericht über die Flora endlich los. Wir bedauern die Leser dieses Blattes aufrichtig, daß sie diese ewigen Kriegsgeschichten wirklich auch nur noch sehen mögen. Und wir bedauern das gesamte Bürgertum, daß es die fortwährenden, direkt unanständigen persönlichen Anrempelungen sich noch gefallen läßt. Wir wissen, daß sich weite Kreise angewidert abwenden und es würden sich noch viel mehr abwenden, wenn es nicht gerade gegen Dr. Leber ginge. Aber gegen diesen Gegner ist ihm selbst das unanständigste Mittel noch gut genug.

Uebrigens gab Knie wieder einmal einen seiner bekannten Klatschberichte vom Hörensagen. Denn er selbst ist doch sehr weit hinten umhergehopst, wo es recht friedlich war. Deshalb weiß er nicht einmal, wer die Singerei inszeniert hat. Jedenfalls war das betrunkene „Deutschland über alles"-Lied keine deutsche Ruhmestat.

Die sämtlichen Beteiligten, die die Vorgänge wirklich gesehen haben, belustigten sich sehr über den Bericht des General-Anzeigers. Besonders über die Bemerkung, es sei ein Schweinchen und ein Affe aus Gummi dabei gewesen. **Sollte es nicht ein schlechtes Vorzeichen sein, Herr Knie, daß sie jetzt schon allüberall Gummi um sich herumsehen?** Die beiden kleinen Jahrmarktsfächelchen hätten bei ihrer Geburt es sich auch nicht träumen lassen, daß sie einst im General-Anzeiger einer so ausführlichen Würdigung unterzogen würden. Aber wofür sind General-Anzeiger schließlich da?

Zum Schluß: Ist es nicht ein geradezu erbärmlicher geistiger Bankerott der bürgerlichen Wahlpropaganda, wenn sie mit solchen kindischen und lächerlichen Mätzchen arbeitet? Ob man sich nicht schämt?

Das Mieterjoch.

Wie wir erfahren, steht ein Kabinettsbeschluß unmittelbar bevor, der die schon seit geraumer Zeit gerüchtweise verlautenden weitreichenden Pläne der Regierung hinsichtlich einer grundlegenden Aenderung unserer ganzen Mietspolitik verwirklichen will. Die Grundgedanken dieser Verordnung, die auf der Basis des Ermächtigungsgesetzes sofort nach erfolgtem Kabinettsbeschluß in Wirksamkeit treten würden, sind in großen Umrissen kurz folgende: Im Laufe einiger Monate soll ganz allgemein die Friedensgoldmiete erreicht werden. Davon sollen 50 Proz. den Hausbesitzern und 50 Proz. den Ländern und Gemeinden zufließen. Der ursprüngliche Plan, 25 Proz. den Ländern und 25 Proz. dem Reiche zugunsten einer Fortführung der Wohnungsbautätigkeit zu überlassen, ist fallen gelassen worden. Gleichzeitig soll auf dem Verordnungswege eine Aufwertung von Hypotheken grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Heranziehung der Besitzer von Eigenhäusern zu der Mietzinssteuer soll in das Belieben der Länder gestellt werden.

Die Wohnungs- und Neubaupolitik des Reiches steht in schwankender Zeit durchaus unter dem Zeichen schwankender Gesinnung, und so mußte es kommen, daß nicht nur die Neubauwirtschaft in sich zusammenbrach, sondern auch die Wohnungswirtschaft unter ein kapitalistisches Joch gezwängt wurde, das für die Mieterschaft direkt und für die Gewerkschaften und politischen Parteien indirekt einfach unhaltbar werden muß.

In seiner Programmrede vom November dieses Jahres hat der Reichsfinanzminister auf den „Hohlraum" in unserer Wirtschaft hingewiesen, der durch die niedrigen Mieten entstanden ist und nun zugunsten des Steuerfiskus ausgeschöpft werden soll. Aus diesem Hohlraum wollte er die Reichsrentenbank stützen, die Reparationsschulden bezahlen, den Ländern und Gemeinden eine neue Steuerquelle erschließen, „sonstige allgemeine Belastungen finanzieren" und schließlich auch die Wohnungswirtschaft in Ordnung bringen. Und das alles mit derselben Mietssteuer, die derselbe Dr. Luther als Generalsekretär des Deutschen Städtetages im Jahre 1917 als die „unsozialste Steuer" bezeichnete, vor der er die Reichsregierung gewarnt hatte. So schwanken die Zeiten, und so schwanken Ansichten und Erkenntnisse.

Die genauen Pläne der Reichsregierung sind zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht veröffentlicht worden. Was indessen von diesen Plänen bisher bekanntgeworden ist, muß die gesamte Mieterschaft, wie die politischen Parteien und Gewerkschaften auf den Kampfplatz rufen. Es geht um den „Hohlraum", um die „Erfassung der Sachwerte", um die „Goldmieten"!

„Erfassung der Sachwerte?" Das ist doch eine alte sozialistische Forderung! Ja, aber bei der Wohnungswirtschaft handelt es sich um einen Hohlraum, der zunächst ausgefüllt werden muß, ehe das „Gold" erfaßt werden kann. Und wer füllt diesen Hohlraum aus? Die Reichsregierung? Die Hausbesitzer? Nein, die Mieterschaft soll in diesen Hohlraum Goldmieten, d. h. Angestellte und Arbeiter sollen in diesen Hohlraum ihre Arbeitserträgnisse hineintun, damit sie vom Reich, den Hausbesitzern und Hypothekengläubigern „erfaßt" werden können. **Die Erfassung der Sachwerte in der Wohnungswirtschaft ist nichts anderes als eine Erfassung der Arbeitserträge.** Die arbeitenden Volksschichten haben die etwa 80 Goldmilliarden Hypotheken schon vor dem Kriege als Kapitalsubstanz erarbeiten und laufend verzinsen müssen. Nach der Revolution haben die Hypothekengläubiger ihre Zinsen zum größten Teil wohl verloren. Die Mieterschaft hat aber hieraus keinen Gewinn gehabt, weil ihr das Einkommen um mehr als die Jahresmiete gekürzt wurde. Den Gewinn hatten die Produzenten und Exporteure, die dank der niedrigen Löhne und Mieten ihre Waren mit großem Gewinn auf den Weltmarkt bringen konnten. Nun aber soll die Mieterschaft die Hypothekenzinsen und das Hypothekenkapital zum dritten Male erarbeiten? Das wäre in der Tat eine eigenartige Erfassung der Sachwerte.

Was bedeutet diese Erfassung der Sachwerte? Die durchschnittliche Friedensmiete in Groß-Berlin betrug für eine Wohnung jährlich etwa 400 Goldmark. Das durchschnittliche Einkommen des Mieters dieser Wohnung belief sich auf etwa 2000 Goldmark. Dieses Einkommen ist aber heute auf 1000 und weniger Goldmark abgesenkt. Der Herr Reichsfinanzminister mutet den Mietern also zu, hiervon 50 und mehr Prozent des Einkommens, das nicht einmal für die nackte Ernährung ausreicht, für die Wohnungsmiete bereitzustellen. Bei diesem Beispiel haben wir nicht einmal die typische Arbeiterwohnung im Auge, die, zumal in der heutigen Zeit der Erwerbslosigkeit, einen weit höheren Anteil des Einkommens in Anspruch nehmen würde, wenn die Mieten auf Goldmark gestellt werden.

Wie denkt sich die Reichsregierung die Durchführung der Goldmieten vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus? Will man die unsozialste aller Steuern heute als das Höchstmaß sozialer Gerechtigkeit preisen? Glaubt man mit dem Ermächtigungsgesetz über die politischen Schwierigkeiten, die eine solche Steuer auslösen muß, hinwegzukommen? Vor allem aber: Glaubt der Reichsfinanzminister, daß diese Steuer von der deutschen Wirtschaft überhaupt getragen werden kann? Die Goldmieten betrugen in Deutschland vor dem Kriege etwa 6 Milliarden Goldmark. Der Herr Reichsfinanzminister will so aus dem Handgelenk heraus aus einem Zweig der deutschen Wirtschaft einen zusätzlichen Mehrertrag von 5 Milliarden Goldmark herausziehen, und das in einer Frist von kaum 9 Monaten. Die gesamte Stahl- und Eisenproduktion Deutschlands machte im Jahre 1912 nicht den fünften Teil dieses Betrages aus. Uns scheint, daß der Herr Reichsfinanzminister die richtigen Maßstäbe für seine Steuerpläne verloren hat. Es geht nun noch das Gerücht, daß sich Dr. Luther die Zustimmung zu seinen unmöglichen Plänen von den Ländern dadurch beschaffen will, daß er große Teile der Mietsteuer den Ländern zur Beschaffung der Beamtengehälter zuweisen will, um das Reich von den Reichszuschüssen zu entlasten. Die Mieterschaft soll gegen die Beamten ausgespielt werden. Jeder Beamte ist aber zugleich auch Mieter, Herr Finanzminister, und der Abbau der Beamtengehälter und der Aufbau von Goldmieten wird auch der Beamtenschaft wenig einleuchten. Wohl glauben auch wir, daß das Reich die Besoldungszuschüsse an die Länder und Gemeinden auf die Dauer nicht wird leisten können, aber sollen nun die Mieter allein die Reichszuschüsse von monatlich 135 Millionen Goldmark oder 1,6 Milliarden Goldmark jährlich aufbringen?

Und was bleibt dann noch von der Mietsteuer übrig, wenn für die Rentenmark, für die Reparationsschulden, für die Hausbesitzer und Hypothekengläubiger namhafte Beträge abgezweigt werden? Aus welchen Mitteln sollen dann die 1½ Millionen fehlender Wohnungen gebaut werden? Wie denkt man sich die Beschäftigung der 1½ Millionen Bauarbeiter und der baustofferzeugenden Industrie, die heute der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, weil das Reich die Wohnungsneubauwirtschaft nicht auf eine gesunde und gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt hat? Hat sich der Reichsfinanzminister einmal ausgerechnet, welche volkswirtschaftlichen Verluste die deutsche Wirtschaft durch das Brachliegen des Baumarktes erleidet? Durch dieses Brachliegen werden täglich 20 Millionen Goldmark zu Bauwerten nicht erzeugt, das sind pro Woche 120 Millionen und pro Jahr mehr als 5 Milliarden Goldmark. Dafür hat aber die deutsche Wirtschaft die völlig unproduktive Erwerbslosenunterstützung aufzubringen.

Wenn irgendein Gewerbezweig die deutsche Wirtschaft wieder beleben kann, dann ist es das Baugewerbe, das zurzeit die bedeutsame soziale Aufgabe hat, die Arbeitslosigkeit zu lindern und die Wohnungsnot durch die Erstellung neuer Wohnräume zu beseitigen. Aber was soll man dazu sagen, wenn ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sich zu der Behauptung versteigt, der Mangel an Wohnungen betrage nur sechs Prozent des gesamten Wohnungsbestandes, auf anderen Gebieten wäre aber ein Fehlbetrag von mehr als 30 Proz. vorhanden. Darum könne man von einer Wohnungsnot nicht sprechen, und darum dürften auch Wohnungen nicht mehr gebaut werden! Für eine solche Politik hat der Obdachlose kein Verständnis. Daß solche Schlußfolgerungen bei einer Reichsbehörde überhaupt möglich sind, zeigt die völlige Ratlosigkeit derjenigen, die unsere Wirtschaft wieder aufzubauen haben.

Wir warnen die Reichsregierung und insbesondere den Reichsfinanzminister vor seinen Plänen. Wir warnen sie im Interesse des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. So hoch und ertragreich der Reichsfinanzminister seine Mietsteuer auch veranschlagen mag, sie wird auf dem Papier bleiben, weil die Mieterschaft sie nicht bezahlen kann und nicht bezahlen wird, und weil die wirtschaftlichen Organe des schaffenden Volkes die Arbeitserträgnisse vor einer unsozialen und ungerechten Ausbeute zu schützen haben. Diese Arbeitserträgnisse, die heute mühsamer als vor dem Kriege erarbeitet werden, dürfen nur dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft dienen, aber nicht für ihren Verfall verbraucht werden. Sie müssen gemeinwirtschaftliche Bindung erfahren. Erträge aus der Wohnungswirtschaft dürfen nur der Wohnungswirtschaft wieder zugeführt werden.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		18. Dezember.	17. Dezember.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 596 000	1 596 000
Buenos Aires	1 Peso	1 346 625	1 346 625
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	191 520	192 518
Kristiania	1 Kr.	630 420	630 420
Kopenhagen	1 Kr.	748 125	748 125
Stockholm	1 Kr.	1 105 230	1 105 230
Helsingfors	1 finn. Mk.	103 740	103 740
Rom	1 Lire	183 540	183 540
London	1	18 354 000	18 354 000
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	221 445	221 445
Zürich	1 Frs.	730 170	730 170
Madrid	1 Peseta	550 620	550 620
Portugal	1 Escudo	151 620	151 620
Japan	1 Yen	1 985 025	1 985 025
Rio de Janeiro	1 Milreis	390 020	390 020
Wien	1 Kr.	59 850	59 850
Prag	1 Kr.	125 685	125 685
Jugoslawien	1 Dinar	47 880	48 378
Budapest	1 Kr.	220 445	218 452
Bulgarien	1 Lewa	29 925	30 423

Vermischte Nachrichten.

Die vererbten „Herrscherinstinkte" einer Fürstentochter. Von einem Giftmisch-Prozeß in Wien wird gemeldet: In der fünf Tage währenden Gerichtsverhandlung gegen Milica Bukobrankowics, die bei dem Buchverleger Stülpnagel als Buchhalterin angestellt war und in die Speise der Familie Bleiweiß in der Absicht gemengt hatte, die Frau ihres Chefs und deren Söhne zu töten, damit Stülpnagel sie heiraten könne, wurde das Urteil gefällt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte wegen schwerer körperlicher Beschädigung zu 3½ Jahren schweren Kerkers mit hartem Lager vierteljährlich. Von der Anklage wegen versuchten tückischen Mordes wurde die Angeklagte freigesprochen. Bemerkenswert ist, das Milica Bukobrankowics bereits früher schon einmal in der Familie des Bruders, des Wiener Kardinals Pfiffl, ein ähnliches Verbrechen beging, auch Bleiweiß in die Speisen der Familie mengte und dann die Söhne der Familie der Tat beschuldigte. Es ist, nach den verschiedenen Berichten zu urteilen, sehr schwer, wenn nicht unmöglich, die Motive der Angeklagten ganz klarzustellen. Sie ist Abkömmling eines alten serbischen Fürstengeschlechts, 29 Jahre alt, nicht schön, aber reizvoll und — ausgesprochen hysterisch. Man darf wohl annehmen, daß sie unter dem Zwang dunkler Triebe und einer durch verdrängte Herrschaftsinstinkte verwirrten Geistesveranlagung gehandelt hat.

Der erste Zug des holländischen Hilfswerkes. Aus dem Haag wird gemeldet, daß ein erster Zug des Roten Kreuzes gestern aus Amsterdam mit Lebensmitteln im Werte von 4350 Pfund Sterling und acht Waggons mit Kleidungsstücken nach Deutschland abgegangen sind. Fünf holländische Suppenküchen sollen demnächst in Berlin und Essen eröffnet werden. Außerdem gelangten holländische Landwirtschaftsprodukte nach verschiedenen Gegenden Deutschlands zur Versendung.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kees Doorik.

Ein flämischer Sittenroman
von Georges Eekhoud.

16. Fortsetzung.

V.

Es war am selben Nachmittag, als Wannes Andries mit seiner Schwester vor dem Hofhause stand und mit ihr über den Preis der Kempenhüner diskutierte, von denen er ihr drei Paar aufbinden wollte. Als sie gerade darüber einig waren, fragte er sie:

„Dann wird Kees sie also diesen Abend holen kommen?"

„Kees ist fort," antwortete Annemie ganz kurz.

„Kees ist fort?" wiederholte der Schlaukopf langsam, während er mit offenem Munde da stehen blieb. Es war so komisch, wie verwundert er sich stellte, und die junge Witwe mußte unwillkürlich darüber lächeln, obschon sie ganz verstimmt war und seit dem Morgen nicht mehr recht wußte, wo sie den Kopf stehen hatte.

Auf dem Hofe hatte noch niemand erfahren, daß der Meisterknecht fortgegangen war, und auch Janneke wußte noch nichts davon.

„Wundert das dich denn so sehr?" hub Annemie wieder an.

„Poztausend! Da warst du doch gar voreilig. Der Junge hatte immerhin gute Eigenschaften; so verfährt man nicht mit alten Dienstboten und dann zieht man doch auch seine Freunde zu Rat . . ."

„Aber du hattest mir ja selbst geraten, mich seiner zu entledigen, du sagtest, mein guter Name sei in Gefahr. Nun, da habe ich die erste Gelegenheit benutzt. Wir waren nicht einig in bezug auf die Arbeit, und da er mir den Kopf wies, habe ich ihm zu verstehen gegeben, daß die Türe offen stehe. Er ließ sich das nicht zweimal sagen, und jetzt ist er fort."

„Dann hast du jetzt also einstweilen keinen andern Knecht?"

„O nicht für lange. Ich habe einen in Aussicht."

Als der „Poztausend" das hörte, traute er fast seinen Ohren nicht mehr. Man jagte nicht bloß die Knechte fort, ohne es ihm vorher mitzuteilen sondern man dingte auch noch neue, ohne ihn zu fragen; das war doch eine offene Empörung gegen seine Vormundschaft.

„Und diese Person, die du in Aussicht hast, kann man ihren Namen erfahren?"

„Gewiß, du kennst ihn ja, Jürgen Faas von Beirendrecht."

Sie nannte den Namen, ohne zu zögern, und sie betonte ihn sogar ganz nachdrücklich.

„Jürgen Faas! Es ist nicht möglich!" rief Wannes aus, der ganz bleich geworden und die Hände über dem Kopf zusammenschlug. „Dann wär es doch geradeso gut gewesen, du hättest den andern behalten; das war doch ein armer Junge, der dich nur bei den alten Weibern kompromittierte, während dieser durchtriebene Geck . . . ."

„Mich vollständig verführen wird. Danke schön! Hör mal, lieber Bruder, willst du mir noch mehr solche Liebenswürdigkeiten sagen? Es ist aber genug damit; das muß einmal aufhören. Ich bin müde, wie ein kleines Kind behandelt zu werden. Auf deine Bitten habe ich diesen armen Jungen, den du gestern noch nicht leiden konntest und den du heute schon wieder hier haben möchtest, fortgeschickt, und anstatt damit zufrieden zu sein, stehst du mich an, wie wenn ich den papiernen Kopf der kleinen Männchen des „Ommegang"*) von Borgerhout trüge. Und dazu schwätzt du mir noch allerlei dummes Zeug. Also nochmals besten Dank. Von jetzt an werde ich handeln, wie es mir gefällt."

„Annemie! Unglückliche!" stammelte der Vormund ganz verblüfft; „du wirst dir das noch anders überlegen, bevor dieser Verschwender den Fuß hier über die Schwelle setzt. Was willst du denn mit diesem liederlichen Kerl von Beirendrecht anfangen? Wie konntest du doch einen solchen Taugenichts wählen, wo so viele fleißige Arbeiter kein Brot verdienen? Willst du dich denn ruinieren? . . . Nein, er wird nicht hier hereinkommen, ich garantier' dirs."

„Und ich sage dir, daß er kommen wird, und sogar schon morgen. Ich geh sogar ihn holen, wenn es sein muß. Hat er mir nicht seine Dienste angeboten an jenem Abend, als wir in Pütte zusammen waren?"

„Einfältiges Kind! Wie kannst du solche Witze als Ernst ansehen?"

„Doch, ich habe recht. Und übrigens, er muß durchaus hierkommen. Daran ist nichts zu ändern. Hörst du?"

Diese Worte sprach sie mit einer solchen Energie aus, daß ihr Bruder vor Staunen zwei Schritte zurückwich und kein Wort mehr sagte.

Vierzehn Tage später trat zur größten Verwunderung der ganzen Gegend der lustige Jürgen Faas als Meisterknecht auf dem Meierhof ein.

Kees aber war schon am andern Tage nach seinem Weggange beim Bürgermeister Flüp Sap in den Dienst getreten.

Und Wannes Andries, der nunmehr einsah, daß weder seine Klagen noch seine Drohungen einen Eindruck auf seine verrückte Schwester machen konnten, gab sich den Anschein, als nähme er die neue Lage an, aber er erwog im geheimen allerlei kühne Pläne, wie er ein für allemal diese verlockenden Knechte wegbalten könnte, da sonst doch noch einer von denselben den Kindern des „Poztausend" die Taler des alter Nelis Cramp wegfischen würde.

Dritter Teil.

Die Gänsereiter.

I.

Janneke wünschte nichts sehnlicher, als sein achtzehntes Jahr zu erreichen, um in die fröhliche Brüderschaft der „Gansryders" oder „Gänsereiter" von Dinghelaar eintreten zu können.

Einstweilen mußte er sich begnügen, jeden Winter dem Wettrennen mit lebhafter Neugierde beizuwohnen. Er wußte, daß diesesmal am Mittfastensonntag die Reiter wohl zwanzig an der Zahl wären. Er nannte sie einem jeden, der mit ihm darüber sprach, und vergaß keinen einzigen. Zuerst die bemerkenswertesten derselben: Tist Sap, der Sohn des Bürgermeisters; Kris Potter, aus dem Wirtshaus „zum Kleeblatt"; Bud Arrewyn, der älteste Sohn des Schöffen, ein Unternehmer; Stan Lieter, der Neffe des Sekretärs; Chiel Dhaenens, der Kupferschläger; Hein Vlogel, der Müller; Rob Maas, vom „Silberbirkenhof"; Guil Servyn, vom „Pfadhof"; Rier Vandroom, vom „Espenhof"; Dolf und Roel Guda, die Zwillinge des Müllers; der Metzger Jas Kalf, ein Jude. Zu diesen bedeuteren Mitgliedern zählte er noch Jürgen Faas aus Beirendrecht, „unsern Jürrie". Dann nannte er die untergeordneten Persönlichkeiten: Manus und Stoffel Maus, die Pflugknechte des Bürgermeisters; Huib Coryn, den Kuhhirt vom „Elsenhof"; Rik, Huig und Sus Dras, die drei Steinmetze des Unternehmers Arrewyn; und endlich als zwanzigsten: Lum Janders, genannt Sipido, den Totengräber.

Janneke erzählte, sie seien zusammen am Morgen fortgeritten, um ihre schweren Zugpferde an die Last ihres Körpers zu gewöhnen; sie würden am Abend mit der Gans zurückkehren, die sie bei einem Milchhändler von Wyneghem kaufen wollten, da man im Polder keine Gänse züchtet.

Am folgenden Sonnabend, am Tage vor dem Rennen, sah er, wie Dolf und Roel Guda auf dem Kreuzwege vor dem Gemeindehause zwei hohe Pfähle in die Erde pflanzten, an denen sie ein Seil befestigten, das sie aber nur so viel anzogen, daß der Gänsereiter, wenn er im Trab darunter hinwegreiten würde, beim Ausstrecken des Armes den Kopf der mit den Füßen am Seile hängenden Gans ergreifen könne.

Die letzte Nacht konnte Janneke fast nicht schlafen. Schon vor dem ersten Hahnenschrei war er auf den Beinen und lief nach dem Platze hin.

Mit dem Schlage acht Uhr erschienen die Reiter auf den Straßen und den Pfaden, schwerfällig im Sattel sich bewegend, aber tapfer dreinschauend. Die herbeilaufenden Kinder und Frauen glaubten ein Wettrennen zu sehen. Die Schabracken, die Zügel, die Stirnriemen und der ganze übrige Pferdebehang, die Hüte und die neuen Westen der Reiter waren mit goldenen Borten, hellfarbigen Bändern, Fransen, Federn und zusammengebundenen Papierstreifen geschmückt.

Tist Sap, der vorjährige König — er hatte nämlich das letztemal der Gans den Kopf abgerissen —, trug die jetzt zum Tode verurteilte Gans am Sattel angebunden. Das arme Tier, ganz betäubt, aber noch lebend, versuchte bei jeder Bewegung des Pferdes mit den Flügeln zu schlagen, krümmte den Hals, schnatterte, und sein rundes, gutherziges Auge öffnete oder schloß sich in dem Schrecken eines langsamen Todeskampfes, dessen fürchterliche Phasen jedoch erst begannen.

Neben dem König tummelten sich auf ihren Pferden der Kapitän Kris Potter und der Herold oder Leutnant Rier Vandrom, dessen Horn das Schreien des Tieres übertönte. Die „Freudenjungen", mit kurzen Steigbügeln auf ihren breiten, holländischen Pferden sitzend, folgten zwei und zwei. Aber kein Pferd kam Puß, dem Zuchthengst der Tante Cramp, gleich, auf dem der dicke Jürgen sich stattlich ausnahm.

(Fortsetzung folgt.)

*) Ommegang: Fastnachtszug in Antwerpen.

Weihnachts-Artikel:

Hosenträger
Sockenhalter
Gummischuhe
Dauerwäsche
Krawatten
Wachstuche
Gummi-Tischdecken
Kinderschürzen
Eßlätzchen
abwaschbar
Strumpfbänder
Pulswärmer
Ohrenwärmer

Reiseluftkissen
Regen-Mäntel
Thermometer
Thermophore
Wärmflaschen
in Gummi u. Metall
Gummi-Puppen u. Gummi-Tiere
Wringmaschinen
Wringwalzen

(9614

Kinderspielsachen

Bälle — Raseln — Fußbälle
Fußballstiefel — Turnschuhe

Elektrische Taschenlampen
Elektr. Batterien
Zahnbürsten
Kämme
Fahrrad-Reifen

Einkochringe
Einkochglasöffner
Badekappen
Gummischwämme
Schwammtaschen
Reiserollen

Wilhelm A. C. Wessel

Lübeck, Breite Straße 38a.
Gummi-Spezialgeschäft.

(9594

Praktische Weihnachts Geschenke!

Haus-Smokings
in wunderschöner Auswahl
15.— 28.— 39.— 48.— M

Schlaf-Anzüge (21487
Phantasie-Westen
Oberhemden, Nachthemden
Kragen — Schlipse
Hüte — Mützen — Schals
Handschuhe — Tragbänder
Stöcke — Schirme
Normal-Unterzeuge
Socken — Taschentücher
Unterwäsche

Größte Auswahl! Billige Preise!

Extra-Angebot!

Elegante Anzüge	27.—	38.—	52.— M	etc.
Ulster u. Paletots	29.—	37.—	56.— M	etc.
Gummimäntel ...	21.—	32.—	48.— M	etc.
Winter-Joppen ...	14.—	20.—	32.— M	etc.
Buckskin-Hosen	7.—	12.—	21.— M	etc.

Sport- und Geh-Pelze, Leder- und Sportkleidung, Wollwesten, wollene Klubjacken, Rodelgarnituren.

Knaben-Anzüge
neueste Formen, solide Stoffe
8.- 12.- 21.- 29.- 36.- M

Knaben-Mäntel
letzte Mode-Neuheiten
12.- 19.- 27.- 35.- 44.- M

Spille & v. Lühmann

Lübeck / Größtes Spezialhaus / Eutin
Herren- und Knaben-Kleidung.

Die ganze Welt spart Zeit und Geld, weil sie zum Schuhputz Erdal wählt.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

9618

Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine.

An die Gruppen! Lübeck, 15. Dez. 1923.

Betr.: **Nickel- und Kupfergeld.**

Nachdem wir über den Metallwert der Nickel- und Kupfermünzen die widersprechendsten Auskünfte erhalten haben, wird uns heute von sachverständiger Seite, die zunächst wiederholt durchaus berechtigende Auskunft gegeben hatte, auf Grund einer Ihrerseits eingeholten Nachfrage mitgeteilt, daß der Ankaufswert der Nickel- und Kupfermünzen außerordentlich gering ist, nämlich

für Nickelmünzen (5- und 10-Pfg.-Stücke) Goldmark 0,85 pr. Ko.
„ Kupfermünzen (1- und 2-Pfg.-Stücke) Goldmark 0,95 pr. Ko.

Wir können nach vorstehendem nicht mehr empfehlen, diese Münzen anzunehmen. Ein von uns über den Senat vor längerer Zeit gerichteter Antrag an die Reichsregierung, der vom Senat unterstützt ist, ist bisher unbeantwortet geblieben.

Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine,
gez. Dr. Schärffe,
Geschäftsführer.

9608)

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Lodenjoppen, Aussteuer, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (9638

Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und Handwerker.

Öffentliche Handelslehranstalt.

I. **Höhere Handelsschule.** Aufgenommen werden:

a) **Schüler** mit d. Abschlußzeugn. einer Realsch. od. k. Versetzungszgs. a. Obersekunda,
b) **Schülerinnen** mit d. Reifezgn. od. einem guten Versetzungszgn. z. I. K. eines Lyzeums,
c) **Schüler u. Schülerinnen,** die mit Erfolg die I. Kl. einer 9stuf. Mittelschule besucht haben, sofern sie gute Zeugnisse besitzen,
d) **Schüler u. Schülerinnen,** die durch eine Prüfung den Nachweis einer gleichwertigen Bildung erbringen können.

Jahreslehrgang mit 30 Unterrichtsst. wöchentl. Schulgeld wie für die höheren Schulen.

II. **Handelsschule.** Aufgenommen werden:

a) **Schüler u. Schülerinnen** einer achtkl. Volksschule, (9606
b) **Schüler u. Schülerinnen,** die den Nachweis einer gleichwert. Bildung erbringen können.

Jahreslehrgang mit 30 Unterrichtsst. wöchentl. Schulgeld ¾ der Sätze für höhere Schulen.

Anmeldungen werden im Schulhause, Königstraße 77 täglich (außer Mittwoch u. Sonnabend) nachm. zwischen 4 u. 5 Uhr (Auswärtige auch während der übrigen Geschäftszeit) vom 8. bis 31. Januar 1924 entgegengenommen. Der letzte Sonntag, 13 Januar, ist Anmeldetag. Bücher im Schulhause erhältlich.

Lübeck, den 18. Dezember 1923.

Direktor **A. Schneider.**

Wild- und zahme Kaninchen, Gänse, Hühner, Enten, Tauben kauft
16 Pfaffenstraße 16.

L. Schultz
Inhaber
Johannisstr. 20
Verkauf a. Teilzahl. (9597

Stadttheater-Restaurant

Täglich
von 12—2 Uhr:
Guter bürgerlicher Mittagstisch
ab 6 Uhr: (9612
Speisen v. d. Karte.
Reichhaltige Speisekarte.
Fort Hausschen

Wie neu werden Ihre
alten Hüte
durch Reinigen, Färben und Modernisieren.
Neue Hüte u. Mützen
preiswert
Hüte Stöcker Sargstr.
Sonntags-Reparatur-Werkstätte (9248

Hut-Ziehe

nur Wahnstr. 9.

Beim großen Umzug in

Brennhexen

erzielt die Vorzüge derselben. Infolge Wiederingebrauchnahme kann ich für jede bei mir gekaufte Brennhexe vollständige Garantie übernehmen, sodaß Sie eventuell nichts zu zahlen brauchen.

Wilh. Brosam Spezialität für Öfen, Herde u. alle Heizungsanlagen, **Mühlenstr. 30/32.**
Telephon 1014. (9595

Fürden Weihnachtstisch!

Wachstuch	Meter 2.85		2.50
Hemdentuch	Meter		75 ₰
Hemdentuch ganz grobfädig	Meter		1.08
Percal für Oberhemden	Meter		95 ₰
Herren-Trikot-Handschuhe	Paar		1.50
Damen-Trikot-Handschuhe	gef. Paar		1.25
1 Posten **Sport-Jacken** für 12—14jähr. Knaben			8.75
1 Posten **Kinder-Sweater**		8.75 bis	1.80
1 Posten **Wienerleinen-Schürzen**			2.50
1 Posten **Bardentuchrelle** rein Leinen	Meter		1.00
1 Posten **Hausteck für Bettücher**		2.65 bis	1.95
1 Posten **Bettbezugstelle** doppelbreit	Meter		1.85
1 Posten **Hosenträger** Gummi			1.40

Blaue Reform-Hosen
für Damen und Kinder. (9630

Wollwesten für Herren von **5.90** an.

Strickbinder		95, 75, 50	38 ₰
Seidenbinder		3.95, 4.25, 2.75	75 ₰
Reinwoll. Kinder-Handschuhe	Paar		60 ₰
1 Posten **Damen-Hemden**		2.95, 2.75	1.95
1 Posten **Damen-Anstands-Röcke**			2.95
1 Posten **Reinwoll. Cheviot für Kleider**			2.35
1 Posten **Herren-Schals**			1.68
1 Posten **Strickwolle** (Lage 100 Gramm)			80 ₰
1 Posten **Schotten für Kinder-Kleider**			98 ₰
1 Posten **Hemden-Barchent**	Meter		95 ₰

Johannes Holst

Kohlmarkt LÜBECK Markt 16

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Adlershorst. (9596) Morgen Donnerstag **Ball.**

Deutscher Metallarbeiter Verband

Verwaltungsstelle Lübeck (9600

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 20. Dez. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Wer länger als 2 Wochen rückständig ist, hat keinen Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Fledermaus

8 Uhr.
9378)

Hansa-Theater.

Nur noch **4** Aufführungen:
Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend 7½ Uhr: (9627
Doppelgastspiel Niemz-Schüßler.
Katja, die Tänzerin.
Sonnabend u. Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen
Rotkäppchen und der böse Wolf.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Ohrenmusik-Konzerte. (9006

Stadttheater Lübeck.

Donnerstag, 7,30 Uhr: **Tosca.**
Freitag, 7,30 Uhr: (9610 **Hasemanns Töchter.**
Letzter Termin zur Einlösung der Donnerstag-Ab. Mittwoch an der Theaterkasse nachm. von 3—6 Uhr.

Gas cbm 230 Milliarden, Lichtstrom 550, Kraftstrom 300, Wasser cbm 130/260, heizbare Räume mit Leitung 195, ohne Leitung 65 Milliarden. (9611

Lübecker Volksbote

Beilage. Mittwoch, 19. Dezember 1923. Nummer 290.

Die Verleumdung ist eine europäische Macht, eine Großmacht geworden. Lassalle.

Die Bestie im Menschen, der Zynismus, wird überall da ihr Haupt erheben, wo die natürlichen und berechtigten Forderungen mit Gewalt unterdrückt werden. Virchow.

Gewalt ist immer ein Affe, der sich laust wie sein Bruder. Preczang.

Es sinnt Gewalt und List nur dies Geschlecht,
Was will, was soll, was heißet denn das Recht?
Hast du die Macht, du hast das Recht auf Erden.
Selbstsüchtig schuf der Stärkere das Gesetz,
Ein Schlächterbeil zugleich und Fangenetz
Für Schwächere zu werden. Chamisso.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 19. Dezember.

Mit der Aufstellung des Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck beschäftigte sich am Dienstag abend die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Von 1442 abgegebenen Stimmen entfielen 1234 auf den Genossen Dr. Leber. Genosse Stelling-Schwerin erhielt 191 Stimmen, 17 waren ungültig. Als weiterer Listenkandidat wurde Genosse Alfred Dreger per Akklamation einstimmig gewählt.

Nickel- und Kupfermünzen. Der Verband Lübeckischer Einzelhandelsvereine macht uns darauf aufmerksam, daß nach einer Meldung der Industrie- und Handelszeitung die alten 1- und 2-Pfennig-Stücke durch eine Verordnung den Rentenpfennigen gleichgestellt werden. Das erscheint um so mehr angängig, als der Metallgehalt dem der Rentenpfennige entspricht. Eine Gleichstellung anderer Münzen käme nach dieser Meldung nicht in Betracht. Die alten 5- und 10-Pfennig-Stücke sind bekanntlich nicht nur aus Nickel- sondern auch aus Zink und Eisen hergestellt. Zulässig nach dem Metallgehalt erscheinen für die Gleichstellung mit dem Rentengeld nur die Nickelmünzen. Diese seien aber im Verkehr zu schwer von den anderen 5- und 10-Pfennig-Stücken zu unterscheiden. — Im Gegenteil. Der Unterschied zwischen Nickel- und Ersatzmünzen ist handgreiflich.

Nachtrag zum Hundesteuergesetz. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: Das Gesetz vom 16. Februar 1921, betreffend die Hundesteuer, wird wie folgt geändert: 1. § 2 Absatz 1 und 2 erhalten folgende Fassung: Die Steuer beträgt für das Kalenderjahr: a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck und ihrer Vorstädte sowie der eingemeindeten Gebietsteile Travemünde, Schlutup, Krücknitz-Herrenwyk, Israelsdorf und Moisling gehalten wird, 15 Goldmark; b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen lübeckischen Staatsgebietes gehalten wird, 6 Goldmark. Werden von einer Person oder von Familienangehörigen in einem Haushalte mehrere Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag bei a) um je 20 Goldmark für jeden weiteren Hund, bei b) um je 8 Goldmark für jeden weiteren Hund.

Aus dem Reiche Dr. Links.

Die Beschwerden über die Arbeitsbehörde mehren sich täglich. Insbesondere sind große Kapitel zu schreiben über die Behandlung der Erwerbslosen. Die Organisation der Stempelung und Auszahlung der Unterstützung läßt alles zu wünschen übrig. Stundenlanges Warten, bis der einzelne an die Reihe kommt, ist keine Seltenheit. Großer Unfrieden wird erzeugt, wenn die Erwerbslosen mit hungrigem Magen und unzulänglicher Bekleidung in Wind und Wetter herumstehen müssen. Es sind verschiedentlich Vorstöße gegen diese unwürdigen Zustände erhoben worden, Durchgreifendes ist aber nicht geschehen. Man wartet solange, bis sich der Unmut Bahn bricht und dann jammert oder schimpft man über die unzufriedenen, begehrlichen Sozialisten und Kommunisten. Es wird höchste Zeit, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Man kann im Bereiche des allgewaltigen Direktors Dr. Link aber auch noch anderes, wie folgender Fall beweist: Für das Hansatheater wurden zeitweise Verlosungskarten zu ermäßigten Preisen vertrieben und nebenbei täglich 20 Karten gratis für Erwerbslose im Arbeitsamt ausgegeben. Das wurde mit einemmal verboten. Auf eine Beschwerde wurde der Direktion des Hansatheater vom Senator Gen. Bromme mitgeteilt, ein Verbot sei nicht erfolgt. So berichtete nämlich Herr Regierungsrat Puhlschneider an seinen Vorgesetzten. Wie es mit dieser Versicherung des Oberbeamten an Senator Bromme in Wirklichkeit steht, darüber mögen sich unsere Leser nach Durchsicht dieses Schriftstückes selbst ein Bild machen:

G. Nr. 4418 III.

15. Dezember 23.

Herrn Bureaugehilfen Hans Klüver,
Schlichtungsausschuß.

Von Herrn Reg.-Rat Puhlschneider ist Ihnen wiederholt verboten worden, den von Ihnen bei den Angestellten der Arbeitsbehörde vorgenommenen Vertrieb von Eintrittskarten für das Hansatheater fortzusetzen. Dieses Verbot haben Sie bisher unbeachtet gelassen. Wir sehen uns daher gezwungen, Ihnen mitzuteilen, daß Sie wegen dieses disziplinwidrigen Verhaltens und auch wegen nicht genügender Leistungen der Beamtenkommission des Senates zur Entlassung auf Grund der Personalabbauverordnung vorgeschlagen werden sollen.

Die Arbeitsbehörde.
gez. Link.

Wirklich reizend, diese Geschichte. Reizender noch, wenn man ihr den Satz gegenüberstellt, der in dem Brief an die Hansatheater-Direktion enthalten ist: **„Ein Verbot des Vertriebes der Verlosungskarten ist nach Angabe von Herrn Regierungsrat Puhlschneider nicht erfolgt.“** Für Wahrheitssucher ein Preisrätsel kindlichster Lösung.

Noch schöner aber ist die Schlußfolgerung, die aus dem gewiß nicht verdammungswürdigen Handeln des Angestellten von dem Herrn Regierungsrat bezw. dem Direktor Dr. Link gezogen wurde. Da man Kl. wegen dieses Verstoßes geheiligter Obrigkeitsvorschriften allein nicht auf die Straße werfen kann, schiebt man ungenügende Leistungen vor. Ein alter Trick, mit dem man mißliebige „Untergebene“ stets los wurde. „Man“ fühlt sich wieder!

Wir enthalten uns vorerst weiterer Kritik. Die Tatsache des Vorfalles an sich ist schon unter aller Kritik.

Verschärfte Steuerbelastung der Arbeitnehmer.

Die für den Beginn des neuen Jahres angekündigte Neuregelung des steuerlichen Lohnabkommens bedeutet aller Voraussicht nach eine Verschärfung des bisherigen Verfahrens. Offenbar um für die Verschlechterung einen Uebergang zu schaffen, wird die gesamte Lohn und Gehalt empfangende Arbeitnehmerschaft jetzt damit überrascht, daß der Multiplikator für die Ermäßigungssätze von 850 000 auf 650 000 herabgedrückt ist. Diese von vielen nicht beachtete Ankündigung des Landesfinanzamtes bedeutet ein erhebliches Anziehen der Steuerschraube; denn mit der Verringerung der Ermäßigungssätze erhöht sich naturgemäß die von den einzelnen zu entrichtende Steuersumme nicht unerheblich. Während zum Beispiel ein Arbeiter mit 27 Mark Wochenlohn und einem Kind in der Vorwoche 0,20 Mk. Steuern zu entrichten hatte, beträgt die Belastung für ihn in dieser Woche 0,80 Mk. Das ist eine Vervierfachung der Steuersumme. Nach der für Januar angekündigten Neuregelung verschlechtert sich das Verhältnis noch mehr, die dann zu entrichtende Steuersumme beträgt unter den gleichen Voraussetzungen 1,20 Mk. Noch schärfer wird die Verschlechterung mit steigender Kinderzahl. Während ein verheirateter Arbeiter mit 2 Kindern bisher steuerfrei bliebt, wird er nach der Januarregelung 1,05 Mk. Steuern zu entrichten haben.

Es ist nicht recht erfindlich, mit welchen Gründen man von der Vorwoche zu dieser Woche eine Steigerung des steuerlichen Lohnabzuges belegt. Welche Verhältnisse haben sich verändert, welche Tatsachen sind anzuführen, um die erhebliche Verschlechterung zu rechtfertigen? Es ist geradezu ungeheuerlich, ohne ein Wort der Begründung, ohne auch nur sich der Mühe einer Erklärung zu unterziehen, den unter der wirtschaftlichen Last schon fast zusammenbrechenden breiten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger neue Steuerlasten aufzuerlegen, die für viele unerträglich sein müssen. Lediglich um einen Uebergang zu schaffen, hätte es der Heraufsetzung schon jetzt nicht bedurft. Es muß deshalb gegen diese ganz unbegründete steuerliche Maßnahmen der schärfste Protest erhoben werden.

Warnung vor einem Hochstapler. Uns wird geschrieben: In den letzten Tagen sind eine Anzahl Lübecker Geschäftsleute von einem gerissenen Schwindler, der sich durch eine Visitenkarte als Hans Hagen, Oberingenieur und Bevollmächtigter der Bochumer Vereins A.-G. für Bergbau und Hüttenwesen, ausweist und in den Geschäften größere Bestellungen macht, sehr geschädigt worden. Die Waren ließ er in ein eigens für diesen Zweck gemietetes Bureau, Untertrave 84, schicken. Die Bezahlung wurde in jedem Fall sofort in Aussicht gestellt. Eine telephonische Rückfrage in Bochum hat ergeben, daß der Hochstapler dort wegen größerer Schwindeleien entlassen ist. Geschädigte wollen sich im Bureau der Kriminalpolizei melden. Da der Schwindler auch mit gefälschten Stempeln arbeitet, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er auch als Vertreter anderer Firmen auftritt. Beschreibung des Hochstaplers: etwa 1,75 Meter groß, schlanke Figur, schwarzes Haar, blasses Gesicht. Dunkler Winterüberzieher, schwarzer steifer Hut.

Achtung, S.-P.-D.-Metallarbeiter!

Donnerstag, 20. November, 7½ Uhr abends, hat jeder die Pflicht, pünktlich in der Mitgliederversammlung zu erscheinen.

Ortsverwaltungswahl.

Unterbringung der abgebauten Beamten und Angestellten in der Industrie. Durch die Bestimmungen der Personalabbauverordnung werden in allernächster Zeit eine Anzahl Beamte und Angestellte aus ihren jetzigen Stellungen zur Entlassung kommen. Es handelt sich zum größten Teil um Beamte und Angestellte, die durch zum Teil längere oder kürzere im Reichs- und Staatsdienst verbrachte Zeit Gewähr für ihre Verwendbarkeit bieten. Es haben bereits eine Anzahl hiesiger Firmen und Industriewerke Gelegenheit genommen, offene Stellen durch Abgebaute zu besetzen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund im Verein mit dem Lübecker Beamtenbund wendet sich an die Industrie- und Handelskreise mit der Bitte, offene oder freiwerdende Stellen durch Abgebaute zu besetzen. Diese Organisationen sind gerne bereit, die Vermittlung in dieser Angelegenheit zu übernehmen und bitten um Nachricht über Stellenbesetzung an die Geschäftsstelle, Johannisstraße 48 (Fernruf 8658) oder Fischstraße 34 (Fernsprecher 2610).

Die Arbeitszeit der Beamten. Aus den Beamtenorganisationen wird uns geschrieben: Nach einer in der Tagespresse verbreiteten Mitteilung der Expreß-Korrespondenz sollen die Beamtenorganisationen eine Begrenzung der Geltungsdauer der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten auf drei Jahre gewünscht haben und die Einführung einer Mindestarbeitszeit verlangt haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Organisationen die Befristung auf drei Jahre als eine viel zu lange Zeit einmütig abgelehnt haben. Weiter ist von allen Organisationen nicht „die Einführung einer Mindestarbeitszeit“ gefordert, sondern im Gegenteil die Festlegung einer Höchstarbeitszeit, über welche die Regierung nicht hinausgehen darf, verlangt worden.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Donnerstag hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senats. II. Anträge des Senates: 1. Aenderung des Art. 5 Abs. 3 und Erlaß einer Uebergangsbestimmung zu Art. 5 der Lübeckischen Landesverfassung. 2. Nachtrag zum Gesetz über den Volksentscheid. 3. Nachtrag zum Hundesteuergesetz. 4. Erlaß eines vierten Nachtrages zu dem Gesetze vom 16. Juli 1894, betreffend den Forstdiebstahl und die Feld- und Forstpolizei. 5. Weitere Förderung des Wohnungsbaues 6. Versorgung von Angestellten. III. Vom Bürgerausschuß der Bürgerschaft zur Annahme empfohlene Anträge von Nickel und Genossen: 1. Die Bürgerschaft verurteilt das Verbot der kommunistischen Partei als ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse. Sie ersucht den Senat, von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Verbotes zu verlangen. 2. Die Bürgerschaft erhebt gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes schärfsten Protest. Sie ersucht den Senat, von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern. 3. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sofort den lübeckischen Gesandten zu beauftragen, bei dem Reichsministerium vorstellig zu werden, um die beiden Familienväter Rother und Bölcher sofort aus der Schutzhaft zu entlassen.

Nächste Abfahrten der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Nach Nordamerika: 19. Dez. „Bremen“, 29. Dez. „George Washington“, 8. Jan. „Seydlitz“, 9. Jan. „President Harding“, 15. Jan. „Stuttgart“, 16. Jan. „Amerika“, 26. Jan. München, 28. Jan. „George Washington“, 4. Februar „President Roosevelt“, 11. Febr. „President Harding“, 22. Febr. „Amerika“, 1. März „Bremen“, 8. März „President Roosevelt“, 15. März „President Harding“, 22. März „George Washington“, 22. März „Stuttgart“. — Nach Südamerika: „Weser“ 5. Jan., „York“ 12. Jan., „Köln“ 19. Jan., „Sierra Cordoba“ 26. Jan., „Krefeld“ 2. Febr., „Sierra Ventana“ 9. Febr., „Sierra Nevada“ 23. Febr., „Werra“ 8. März. — Nach Ostasien: 22. Dez. Frachtdampfer „Ludwigshafen“. F. D. „Nienburg“ 5. Jan., P.-D. „Derfflinger“ 12. Januar, P.-D. „Koblenz“, 9. Febr., F.-D. „Pfalz“ 8. März, P.-D. „Trier“ 5. April, F.-D. „Schlesien“ 3. Mai, P.-D. Saarbrücken 31. Mai, F.-D. „Aachen“ 28. Juni. — Mitgeteilt von C. F. Schütt u. Co., Untertrave 12/13.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. 1. Distrikt. Donnerstag, den 20. Dezember, abends 7½ Uhr, wichtige Mitglieder-Versammlung in den Zentralhallen, Dankwartsgrube. Der Distriktsführer Beckmann.

5. Distrikt. Freitag, den 21. Dezember, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lyzeum am Falkenplatz. Redner Gen. Dr. Leber.

Bezirk Karlshof und Israelsdorf. Freitag, den 21. Dezember, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Lindenhof“. Redner Gen. Wolfradt.

Stadttheater. Donnerstag: „Tosca“. Freitag: Erstaufführung von L'Arronges Lustspiel „Hasemanns Töchter“. Sonnabend für die Volksbühne: „Die tote Stadt“.

Hansatheater. Da der Gastspiel-Urlaub der beiden beliebten Künstler Niemz und Schätzler mit Ende dieser Woche abläuft, so können nur noch vier Aufführungen der erfolgreichen Operette „Katja, die Tänzerin“ stattfinden. Sonnabend und Sonntag nachmittag 3 Uhr wird als Kindervorstellung nochmals das Weihnachtsmärchen „Rotkäppchen und der böse Wolf“ zu ganz kleinen Preisen gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Funkverkehr Hamburg—Neuyork. In den nächsten Tagen wird in Hamburg eine Einrichtung geschaffen, um den Lauf der Uebersee-Telegramme auf das Aeußerste zu beschleunigen. Bisher mußten alle Funktelegramme zunächst von Hamburg nach Berlin auf dem Reichsfunknetz geführt werden, wurden dort Transradio übergeben und dann über Nauen oder Eilvese nach Amerika gefunkt. Jetzt ist im Telegraphenamt Hamburg eine eigene Transradio-Betriebszentrale eingerichtet worden. Diese ist durch direkte Leitungen mit der Großfunkstelle Eilvese verbunden. Der bisherige Umweg über Berlin fällt fort. — Eine Riesenweihnachtspost ist mit dem Dampfer „Minnekahda“ der American Line am Montag in Hamburg eingetroffen. Nicht weniger als 24 000 Säcke Post nahm das Schiff in Neuyork an Bord von denen 14 000 für Deutschland bestimmt waren. Es ist dies die größte Postsendung, die jemals an Bord eines Dampfers verladen wurde.

Weiterer Lohnabbau im Baugewerbe?

Die Bauunternehmer von Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein als die Hörigen und Handlanger der Schwerindustrie kündigten am letzten Sonnabend den Arbeitnehmervertragsparteien per Eilpost einen weiteren Lohnabbau an. Den Widerstand der Arbeiter gegen den erst vor 14 Tagen vorgenommenen Lohnabbau glauben sie durch Androhung weiteren Abbaues brechen zu können. Die Zeit scheint passend für solche brutalen Handlungen. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen scheinen zermürbt, nicht mehr wiederstandsfähig genug zu sein, um solche Schläge parieren zu können, und da muß man schon, gedrängt von der allmächtigen Schwerindustrie, deren Diktat folgen und der Arbeiterschaft die Hungerlöhne noch weiter kürzen. Das bevorstehende Fest der Liebe ist dazu auch allein geeignet und zeichnet die Brutalität dieser Herren scharf und deutlich.

War auch nur der geringste Grund für ein solches Vorgehen gegeben? Die Antwort möge die Entwicklung der Löhne selbst geben: Es wurden gezahlt:

	im Wirtschaftsgebiet					
	Groß-Hamburg		Schleswig-Holstein			
Lohngebiet	I	II	I	II	III	IV
1) Facharbeiter	90	75—85	70—77	60—72	55—65	45—55
2) „	75	73	60	55	50	43
3) „	64	62	52	47	42	38
4) „	58	56	48	43	39	36

Die Löhne zu 1. waren die Löhne aus dem Jahre 1914.
Die Löhne zu 2. die Löhne, die durch Schiedsspruch vom 6. 11. unter Mitwirkung des Geheimrats Wulff vom Reichsarbeitsministerium festgelegt wurden.
Die Löhne zu 3. die Löhne, die am 3. 12. unter Mitwirkung des Demobilmachungskommissars Dr. Stenzel-Hamburg und des Direktors Grck von Blohm & Voß durch Schiedsspruch herauskamen.
Die Löhne zu 4. die Löhne, die durch Diktat der Unternehmer vom 15. 12. ab 18. 12. zur Auszahlung gelangen sollen.

Was wird einer Arbeiterschaft durch diesen brutalen Lohnabbau zugemutet? Mit mehr denn 33 Prozent Lohnabbau gegenüber der Vorkriegszeit sollen sich die Bauarbeiter abfinden. Und das bei einer Verteuerung des Lebensunterhaltes von 50 Proz. über Friedensstand. Das bedeutet, daß die Arbeiterschaft ihren Lebensbedarf nur bis zu einem Drittel der Vorkriegszeit decken kann. Eine solche Zumutung, eine solche Roheit wagt man einer Arbeiterschaft anzubieten, die als Saisonarbeiter in den Jahren nach dem Kriege nur die halbe Zeit in Beschäftigung stand. Jeder Mensch weiß, daß kein Gewerbe mehr unter dem Krieg und seinen Folgen gelitten hat, wie das Bau- und dessen Nebengewerbe. Hieraus ergibt sich allein schon, daß die Arbeiter dieses Gewerbes für die Erhaltung ihrer Familien und ihrer Arbeitskraft nur ganz geringe Einkommen aufzuwenden in der Lage waren. Zu diesem seit Jahren niederdrückenden Zustand kommt jetzt noch das Diktat der Schwerindustrie auf Abbau der Löhne in einem Ausmaß, das zum Glück anderen Berufsgruppen noch nicht geboten und hoffentlich auch nie geboten wird.

Die Tatsache selbst ist durch vorstehendes gekennzeichnet, doch muß die Ursache einer solchen Handlung noch ins richtige Licht gerückt werden.

Die Privatbautätigkeit hat in der Nachkriegszeit eine kaum nennenswerte Rolle gespielt. Die Gründe dafür sind allgemein bekannt. Nur insoweit war eine private Bautätigkeit zu verzeichnen, als für solche Bauwerke der Staat die enormen Zuschüsse zahlte. Im übrigen beruhte die Bautätigkeit nur auf Arbeiten des Staates, der Länder, der Kommunen und vor allem der Schwerindustrie, der Großverdiener.

Der Einfluß der Bauunternehmer und ihre Parteigänger auf Staat, Länder und Kommunen war von jeher immer so groß, daß die ersteren alle ihre Wünsche in bezug auf Unkostensätze, Ueberteuerungszuschüsse, Aufrechnung der angeblich sich wöchentlich höherstellenden Geschäftsunkosten usw. in vollem Umfange durchsetzen konnten. Die Unkostensätze, teilweise Meister-

geld genannt, erreichten im Hauptgewerbe in einzelnen Fällen die Höhe von 100 Prozent auf den Gesellenlohn, war aber nie unter 60 Prozent. In den Baunebengewerben stiegen diese Sätze sogar bis zu 150 Prozent. Die von den Unternehmerverbänden herausgegebenen Preisverzeichnisse dieser Art reden Bände. Aber was man bei den Behörden durchgesetzt hatte, genügte selten bei Privataufträgen. Diese Privat-Bauherren wurden meistens noch mehr „hochgenommen". Genau wie es im Handel üblich geworden war: je geringer der Umsatz, desto höher die Spesen, das gleiche gilt auch im Baugewerbe. Gegen diese Uebervorteilung durch die Bauunternehmer wandten sich zuerst die Großindustriellen. Sie weigerten sich, solche hohe Spesensätze zu zahlen, lieber wollten sie ihre Bauaufträge in eigener Regie ausführen lassen. Aber eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus. Sie verlangten zwar die Herabsetzung der Spesensätze, doch wurden sich Bauindustrie und Schwerindustrie schnell einig, daß dieses nur auf Kosten der Arbeiter geschehen müsse. Das Lastiier, das durch die hohen Steuern den Staat fast allein während der letzten Jahre über Wasser gehalten hatte, soll auch diese Last tragen: sein Buckel scheint breit genug.

Aber zum andern erreichte die Schwerindustrie durch solche Diktate, daß das Lohnniveau der Bauarbeiter sich dem der Arbeiter der Schwerindustrie nähert. Sie erreichen damit, daß die „Begehrlichkeit" ihrer eigenen Arbeitssklaven möglichst hintenangehalten wird. Aber sie erreichen auf der andern Seite, daß die Existenz der Bauarbeiter, als Saisonarbeiter, auf einen Tiefstand herabgedrückt wird, die deren Arbeits- und Leistungsfähigkeit auf das ärgste gefährdet. Ein Vorteil springt weder für die Schwerindustrie noch für das Baugewerbe, noch für Staat, Länder und Gemeinden dabei heraus. Die Arbeitsleistung wird durch ein derartiges Vorgehen naturnotwendig auf ein solches Maß herabgedrückt werden, daß der Lohnabbau den immer wieder geforderten Wiederaufbau der Wirtschaft direkt stört. Vielleicht ist dies ja auch die Absicht der Schwerindustrie, um auf den Trümmern der Wirtschaft ein um so besseres Dasein als Einzelperson führen zu können.

Und was macht die Bauarbeiterschaft ob dieses erneuten brutalen Gewaltstreiches? Der Gewaltstreich reichte eigentlich aus, diese zur Verzweiflung zu treiben, wenn man, wie in diesem Falle, in der Lebenshaltung um 50 Jahre und mehr zurückgeworfen wird. Die diktierten Löhne waren schon in den 80er Jahren maßgebend, als die Lebenshaltung um die Hälfte billiger war, als heute.

Aber Verzweiflungsakte schlagen in allen Fällen in das Gegenteil um und die Bauarbeiterschaft sei deshalb dringend vor solchen gewarnt. Wenn sie aber ein solches Diktum brutalster Macht über sich ergehen lassen muß, dann muß sie daraus lernen. Sie muß erkennen, welche Wege gegangen werden müssen, um solche Schandtaten wieder wett machen zu können. **Sie muß erkennen, daß nur der feste Zusammenhalt in den freien Gewerkschaften das einzigste Mittel ist, diesen Schlag wieder abzuwenden, sich das etwa Verlorene wieder zu holen.**

Deshalb, Bauarbeiter, und nicht nur ihr, sondern alle anderen Arbeiter, lernt wieder Eure Macht erkennen, lernt sie gebrauchen. Bringt Eure Gewerkschaften wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit und wir werden solchen brutalen Gewaltmaßnahmen gegenüber gewappnet sein.

Hier in Lübeck versucht die Industrie durch Anwerbung von Bauhandwerkern ihre Bauarbeiten selbst auszuführen, und zwar für noch niedrigere Löhne. Kein Kollege darf sich zum Lumpenstempeln lassen und Verrat an seinen Berufskollegen üben.

Der Baugewerksbund.
Zentral-Verband der Zimmerer.
J. A.: A. Kleinfeld.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Christoph Columbus: Die Entdeckung Amerikas. Es ist ein Verdienst von Brockhaus, daß er in der Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer" als fünften Band: Christoph Columbus, Die Entdeckung Amerikas, nach zeitgenössischen Quellen bearbeitet von Dr. Hans Plischke (geb. G.-Z. 2,5; in Ganzleinen G.-Z. 3,2) bringt und so die Geschichte dieser wichtigsten aller Entdeckungen in der wohlfeilen Sammlung weitesten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich macht. Viermal nahm Columbus seinen Kurs nach Westen, und über jede der vier Reisen gibt es Originalberichte. Diese Berichte sind unter dem unmittelbaren Eindruck des Erlebten niedergeschrieben, so daß sie ein getreues Bild dessen geben, was Columbus sah und erlebte, wie er kämpfte und litt. Dr. Hans Plischke hat es verstanden, in seiner Bearbeitung trotz der nötigen Kürzungen alles geographisch und ethnographisch Wesentliche und alles Interessante zu erhalten, so daß auch dieser Band der im Herbst letzten Jahres mit der ersten Weltumseglung des Magalhães so verheißungsvoll begonnenen Sammlung, die wir nicht genug empfehlen können, dank des reichen Inhalts, des literarischen Wertes und der wissenschaftlichen Genauigkeit von weiten Kreisen freudig aufgenommen werden wird. Die Einleitung „Die historischen und geographischen Grundlagen der Fahrten des Columbus" ist besonders beachtenswert. Auch dieser Band ist wieder mit zahlreichen Abbildungen fast durchgehends nach zeitgenössischen charakteristischen Originalen ausgestattet, eine ganze Anzahl dieser Abbildungen sind hier zum ersten Male aus alten Originalwerken wiedergegeben, was den Band auch für den Völkerkundler unentbehrlich macht. Auf zwei Kartenseiten sind die Reisewege des Columbus übersichtlich dargestellt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zahlung der Fernsprechgebühren.

Wie üblich, kommt am Ende eines jeden Monats eine Abrechnung über gehabte Ferngespräche. Als besonderer Vermerk steht darauf: Innerhalb einer Woche nach Absendung der Rechnung zu begleichen, andernfalls Sperrung des Anschlusses erfolgt. Hat man in jetziger Zeit als kleiner Geschäftsmann genug um die Ohren, so ist es schon bedauerlich, daß einem bei vergessener Postrechnung der Anschluß gesperrt wird und man somit sofort seine Schuld begleicht. Aber dieses genügt der Postdirektion nicht, ohne daß man vordem schriftlich oder durch eine Tageszeitung unterrichtet wird, muß man bei Begleichung sage und schreibe 5 Goldmark Strafe zubezahlen. Unser Steuer- und Gerichtsapparat ist in dieser Hinsicht doch etwas „humaner", denn er gibt es jedem zu wissen, in welcher Frist ein gewisser Aufschlag zu zahlen ist, was leider die Post versäumte. Es wäre somit eine gerechte Forderung, wenn die gezahlte Strafe zurückerstattet würde.

R. L.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 18. Dezember. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Obwohl das Geschäft auch heute nur mäßig war, machte sich doch etwas festere Stimmung bemerkbar. Bei Beginn der Börse nannte man in Rentenmark: Weizen mit 8,30—8,50 Mk., Roggen mit 7,80—7,50 Mk., Hafer mit 6,30—6,50 Mk., inländische Gerste mit 8,20—8,40 Mk., ausländ. Gerste mit 8,60—8,70 Mk. je Zentner, Raps mit 17 bis 18 Gulden, Hirse mit 7—7,25 Gulden und Leinsaat mit 15 bis 16 Gulden je 100 Kilo.

Heu und Stroh. Hamburg, 18. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 2,00, gepreßt 2,90, Getreidestroh, gebündelt 0,90, gepreßt 1,10 Goldmark, alles je Ztr. in Rentenmark frei Waggon, inl. Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz flau.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futterhandels. Hamburg, 18. Dezember. Hafer 9,50, Mischfutter 8,50. Häcksel 3,75, Wiesenheu gebd. 5, Timothy- und Kleeheu, gebd. 7, Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Futtermittel. Hamburg, 18. Dezember. Mais loko in Rentenmark 8,70, Reisfuttermehl (24proz.), Jan.-Febr. in Dollar 1.40, Rapskuchen, Jan.-Febr. in Dollar-Goldanleihe 1,70, Palmkuchen Jan.-Febr. in holl. Gulden 7,40, Inlandsweizenkleie, loko, in Papiermark 3,80, dto., Jan. in Rentenmark 4,30. Tendenz: stetig.

Amtlicher Teil

Am 21. Dezember 1923 nachmittags 12½ Uhr wird der Schiffsführer **Karl Tiedemann** vom Eildampfer **„Anni"** wegen seiner Reise von Magdeburg auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (9634

Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Am 17. Dez. verstarb unser langjähriges Mitglied

Herm. Eulers.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Beerdigung findet am Sonnabend, d. 22. Dezember, 1½ Uhr, auf dem Vorwerk. Friedhof statt. Treffpunkt der Kollegen 1¼ Uhr beim Feldkrug. (9618

Berlin-Lübeck. Tausche meine Wohnung in Berlin gegen gleiche in Lübeck. Ang. unter C 539 an die Exp. d. Bl. (9607

Zu verkaufen eine Konzert-Zither (9637 Paulstraße 32.

Ein Herren-Fahrrad zu verkaufen. (9626 Augustenstr. 4 a.

Fast n. Dampfmasch. zu verkaufen. (9623 Buseliusstr. 30.

Böttcher-Handwerkszeug u. Schleifstein mit Untersatz zu verkaufen. 9636) Stadtfreiheit 17.

Fast neuer Kinderklappstuhl und 1 gr. Waschkorb, pass. als Babykorb. zu verkaufen. (9622 Feldstr. 6, I.

Eisenbahn m. Zubehör zu verkaufen. (9619 Trendelenburgstr. 9. I.

Puppenstuhe billig zu verkaufen. 9633) Augustenstr. 25, I.

Waldzith., Gitarre, Mandoline u. Heißluftmot. zu verk. Heinrichstr. 2. (9620

6 Wochen alte Kaninchen zu verkaufen (9621 Brolingstr. 4.

Muff und Pelzkragen zu verk. (9604 Am Brink 11, pt.

1 gute Zither zu verkaufen. (9625 Klappenstraße 14, I.

Gasherd und eiserner Ofen zu verkaufen. 9628 Josephinenstr. Nr. 1.

Dampfmaschine z. verkaufen. (9631 Johannisstr. 76 pt., Fig.

Für den Weihnachtsbedarf

empfehlen wir in guten Qualitäten zu billigen, weit unter früheren Preisen

Winter-Mäntel aus kräftigen einf. und gem. Stoffen . . . 10.50 8.50 **5.00**

Flausch-Mäntel hell u. dunkel, weiche, mollige Ware . . 22.50 18.00 **15.00**

Velour-Mäntel (Alfenhaut) reine Wolle, alle modernen Farben . . 45.00 36.00 **25.00**

Strickjacken, Jumper u. Westen für Damen und Kinder in allergrößter Auswahl **5,90 10,50 13,50**

Blusen aus gestreiftem Flanell hell und dunkel . . 5.25 4.50 **3.50**

Blusen aus reinwollenem Flanell, in neuesten Streifen 14.50, 12.50 **10.50**

Jacken-Kostüme aus blau. u. schwarz. Kammg.-Cheviot 26.50 22.50 **16.50**

Kostüm-Röcke aus haltbaren, melierten Stoffen 4.50 3.90 **3.00**

Kostüm-Röcke aus blauem Kammgarn-Cheviot 13.50 8.50 **7.50**

Gummi-Mäntel mit allerbester Gummierung, in allen Farben **27,00 30,00 36,00**

Unterröcke aus Satin u. Tuch 3.75 3.50 **3.00**

Unterröcke aus Seide 18.50 15.00 **12.50**

Kinder-Kleider und Kinder-Mäntel in großer Auswahl und zu sehr billigen Preisen.

Gebr. Hirschfeld Breite Straße 39—41.

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion. 9642

Lübecker Weinhaus **Otto Voigt** Fleischhauerstraße 14.

Weine Liköre Spirituosen

Große Auswahl billige Preise.

(9568)

Zu verk. 1 Laterna Magica mit 16 Bildern Preis 20 Gldm. (9632 Loignystraße 12 pt.

Zu verk. 1 kl. Küchenschrank, 1 Tisch u. Puppenklappsportkarre. (9629 Wakenitzmauer 42 l., r.

Zu verk. Schuhmachernähmaschine und sonst. Materialien. (9616 Sritenstr. 27, p. r.

Sehr gut erh. Herren-Fahrrad zu verk. Näh. Schlumacherstr. 5/13. (9609)

Untergestell f. g. Schaukelpferd zu kaufen gesucht. Ang. u. C 538 an die Exped. d. Bl. (9603

2000 Goldmark als 1. Hypothek gesucht. Ang. unter C 540 an die Exp. d. Bl. (9595

Füllfeder verloren. Bitte abzugeben (9617 Weiter Lohberg 16.

Puppen werden noch repariert. 9594) Wahmstr. 81.

Pferde-, Kuh- u. Kroll-Haare kaufen höchstzahlend **Gebr. Wagner** Sandstraße 26, Hüxstraße 8. (9544 Fernsprecher 3414.

Visitenkarten werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Bei **Sterbefällen** wenden sich die Hinterbliebenen vertrauensvoll an die **Beratungsstelle** der Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft Hundestraße 49/51 Fernsprecher 2451. Rat u. Auskunft wird unentgeltlich erteilt. 9001

Damenkleiderstoffe in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab sächsischer Fabrik, **F. Spethmann, Breite Str. 31** (im Hause Arnold Berg) 9874) Etagengeschäft.

Ich gebe laufend ab zu billigsten 9376) Engros-Preisen: **Prima geräucherten fetten Speck, sowie geräucherte Schweinsbacken** u. suche noch einige regelmäßige Abnehmer. Brockesstr. 4. Fernsp. 2107. **H. F. Kossel jr.** Lager: Schlachthof.